



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 536

Einwohnerratssitzung vom Montag, 15. Dezember 2025, 19.00 Uhr

Anwesend	34/35 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Josef Bachmann, Vignarajah Kulasingam, Delia Moldovanyi (bis 19.30), Dieter Stohler Christian von Rotz, Fredi Wiesner	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Christoph Zwahlen	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Aufgaben- und Finanzplan 2026-2030	3511
	- Bericht der RPK zum AFP 2026-2030	
2.	Fragestunde	536
3.	Nachtragskredit CHF 3.8 Mio. Neue Coop-Passerelle	3517

Begrüssung

Christoph Zwahlen: Liebe Anwesende, Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Besucher sowie die Vertreter der Presse, wir haben heute die 536. Einwohnerratssitzung und die wird vom Chor der Sekundarschule eröffnet.

Präsenz

Christoph Zwahlen: Es sind zurzeit 35 Mitglieder des Einwohnerrates anwesend. Das absolute Mehr ist 18, das 2/3 Mehr 24 und das 3/4 Mehr 27.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Christoph Zwahlen:

Postulat, Fraktion der SVP, Urs Schneider, Prattler Fasnacht

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Christoph Zwahlen: Das Büro schlägt vor, dass wir das zweite und das dritte Traktandum abtauschen, zuerst den Aufgaben- und Finanzplan anschauen und nachher wäre die Empfehlung, dass wir die Coop-Passerelle behandeln, denn sie ist zeitkritischer als der Quartierplan Gleis Süd.

- Das bereinigte Geschäftsverzeichnis wird ohne Gegenstimme genehmigt.

1. Nr. 3511

Aufgaben- und Finanzplan 2026-2030

- Bericht der RPK zum AFP 2026-2030

Christoph Zwahlen: Thomas Puppato nimmt Platz auf dem Referentenplatz als RPK-Präsident und GR Silvia Lerch eröffnet das Geschäft.

GR Silvia Lerch: Herzlich willkommen zu unserer Budgetpräsentation in diesem Jahr. Ich möchte euch heute zum Budget 2026 einen möglichst transparenten und umfassenden Überblick über die finanzielle Situation unserer Gemeinde geben. Zuerst möchte ich aber allen danken, die an dem Budget mitgearbeitet haben. Es ist immer eine grosse Arbeit. Danke vor allem an Philippe Doppler und dem ganzen Team, der Kommission für die vertiefte Arbeit für die Arbeitnehmer und für den ganzen Gemeinderat. In diesem Jahr hatten wir besonders erschwerte Ausgangslagen gehabt. Wir haben einen hohen Kostendruck, der Druck wird immer höher und wir werden auch den Kostendruck der globalen Branche zu spüren bekommen. Die aktuelle Lage zwingt uns das etwas auf. Firmen, die international tätig sind, sind gezwungen, Sparmassnahmen zu initiieren, es hat Umstrukturierungen gegeben, sie ordnen ihre Finanzen neu und suchen Optimierungsmöglichkeiten, arbeiten unter anderem auch vermehrt mit Tochter- und Partnerfirmen im Ausland. Wir hoffen, dass es sich wieder stabilisiert. Die Schweiz soll weiterhin ein attraktiver Standort bleiben und das sollte sich in Zukunft hoffentlich normalisieren. Das Budget 26 ist das Ergebnis eines intensiven Prozesses. Wir haben Sparmassnahmen gemacht, geschaut, dass wir einen sparsamen Mitteleinsatz anstreben und haben viele Entscheide bereits in der Gemeinderatsdebatte fällen müssen, damit wir überhaupt zu dem Ergebnis gekommen sind. Das Defizit ist am Anfang noch viel grösser gewesen. Leider sind wir am Schluss nicht ganz auf die Null gekommen. Der Druck steigt und wir können den immer steigenden Ansprüchen und Begehren allen nicht gerecht werden.

Im ganzen Kanton haben viele Gemeinden mit der aktuellen Situation zu kämpfen und sind durch diesen Preisdruck geplagt. Es wird aber in diversen Bereichen bereits auf kantonaler Ebene gearbeitet, um Lösungen zu finden, die auch die Gemeinden zukünftig finanziell entlasten sollten. Das hier, ist jetzt das Ergebnis, die wir euch für dieses Jahr präsentieren. Wir haben es bereits mit der RPK besprochen. Ihr habt eure Fragen dazu einreichen können und einen grossen Teil der Präsentation habt ihr bereits im Bericht entnehmen können. Philippe Doppler hat im Vorfeld auch viele Fragen schon beantworten können. Ihr bekommt am Schluss noch die Möglichkeit, Fragen zu stellen, wenn etwas noch unklar ist. Ich möchte euch gerne die

wichtigsten Eckpunkte für das Budget 26 erläutern und wir werden uns auf die Aufwanderträge und das resultierende Ergebnis konzentrieren.

Wir hatten genau gleiche Voraussetzungen und Vorgaben für das diesjährige Budget, wie im letzten Jahr. Wir haben gezielt und sparsame Finanzeinsätze geprüft. Die Grundlagen für die Budgetierung waren tiefere Werte aus der Rechnung 2024 und Budget 2025. Alle Überschreitungen mussten begründet oder kompensiert werden. Unnötige Reserven oder Verschönerungen waren bei den beeinflussbaren Positionen nicht erwünscht. Transparenz ist gefragt und bei der Umsetzung der Massnahmen im AFP mussten die Effekte auch intern kommuniziert werden. Die Aktualisierungen des AFP habt ihr mit den Anpassungen, Wirkungen, Zielen und Plänen in der Synopse studieren können und das als Beilage bekommen. Das Ergebnis des Budgets sieht folgendermassen aus:

Wir haben einen Aufwand, der bei rund Fr. 90 Mio. liegt, bei einem erwarteten Ertrag von Fr. 88 Mio. Deshalb rechnen wir aktuell mit einem Verlust von rund Fr. 2 Mio.

Wir picken euch hier ein paar Sachen heraus, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Im Diagramm sieht man die Einnahmen der Steuern. Wir haben hier Sparmassnahmen von den juristischen Personen, die bereits in diesem Jahr spürbar sind, weshalb wir sicher mit tieferen Einnahmen der Steuern rechnen müssen. Im letzten Jahr hatten wir den Vorteil, dass wir viel an Vorjahressteuern einnehmen durften. Nichts desto trotz, sind die Einnahmen, die wir von den juristischen Personen haben, immer noch ein ganz grosser Anteil des Kuchens. Zusammengefasst kann man sagen, dass die natürlichen Personen in der Rechnung 2024 ausserordentlich hoch ausgefallen sind, weil wir die Vorjahressteuer bekommen haben. Wegen dem sind die Steuereinnahmen für das 2025 auch tiefer ausgefallen. Vermutlich wird der budgetierte Wert in der Rechnung 2025 nicht erreicht werden können.

Das Budget 2026 bewegt sich jetzt auf dem gleichen Niveau, wie es 2023 gewesen ist. Das gleiche trifft auch auf die juristischen Personen zu, dort haben wir auch das gleiche Niveau wie im 2023. Wir haben einen Rückgang von der Ertragsteuer gegenüber dem Budget 2025, aber eben auch hier zeigen die Prognosen, dass die Ertragsteuer voraussichtlich nicht diese Prognosen erreichen können. Bei den Löhnen und Arbeitgeberkosten haben wir mit Fr. 37.8 Mio. im Vergleich zum Budget 2025 einen ausgeglichenen Wert. Die Löhne bei der Verwaltung sind tiefer geworden, weil dort viele Sparmassnahmen gemacht worden sind. Jede neue Stelle, die besetzt wird, sowie das Pensum, wird im Gemeinderat diskutiert. Im Budget ist der Teuerungsausgleich allerdings bei den Löhnen noch nicht drin, weil wir unser Budget, bevor die Teuerung gesprochen wird, machen. Dementsprechend ist das dort noch nicht enthalten und kommt oben drauf, genauso bei den Verwaltungsangestellten wie auch beim Lehrpersonal.

Vakante Pensen konnte man streichen, längere Vakanzen auch, deshalb haben wir dort den Ausgleich bekommen. Auch bei den Lehrpersonen haben wir einen kleinen Anstieg, den müssen wir in Kauf nehmen, das wird vom Kanton vorgegeben und da haben wir keinen Einfluss. Der Finanz- und Lastenausgleich hingegen wird auf die andere Seite gekippt. Unsere Prognosen zeigen, dass wir vermutlich zur «Nehmergeinde» werden und im nächsten Jahr etwas aus dem Finanzausgleich erhalten können, im Gegensatz zu jetzt, indem wir einzahlen müssen. Wir haben ein Nettoinvestitionsvolumen von Fr. 29 Mio., das ist der Investitionsplan. Hauptsächlich wird in Neubau, Gemeindezentrum und Bibliothek, in die Schulinfrastrukturen Münchacker und Aegelmatt, die Multisporthalle Sandgrube, die Passerelle SBB, auf die wir später noch hinzukommen, die Planung der Mobilitätsdrehscheibe (die beinhaltet die Erschliessung von neuen Quartieren, ermöglicht eine bessere Nord-Südachse, der Ausbau des Bahnhofs und die Velounterführung und die Stellplätze) investiert. Wir kommen zum Fazit des Budgets: Mit einer Senkung der nicht beeinflussbaren Aufwände haben wir die tieferen Steuerträge nicht ganz auffangen können. Neue wiederkehrende Kosten belasten das Budget nachhaltig. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben bei den beeinflussbaren Bereichen erhebliche Kürzungen gemacht und den Verlust dementsprechend bisschen in Grenzen gehalten. Im Sachaufwand ist nur das Nötigste budgetiert. Im Personalaufwand sind Vakanzen gestrichen worden und es wird zum Beispiel auf einen Personalanlass verzichtet, der jetzt aber im nächsten Jahr zum Glück in einer anderen Form stattfinden darf. Die prognostizierte Zahlung aus dem horizontalen Finanzausgleich hilft uns, den Verlust moderat zu halten.

Die hohe Fremdverschuldung wird noch weiter ansteigen, unser Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 0%. Wir haben ein Haufen von Altlasten, die wir in die Hände nehmen und erledigen müssen, wir haben viel zu investieren. Einen positiven Cashflow erreichen wir durch Verzicht, auf

nicht Notwendiges, der Fokus soll für die Verwaltung wie auch für die Politik gelten. Deshalb müssen wir alle Begehren und Wünsche priorisieren und die Aufträge dementsprechend dosieren. Ich bin zwar ein bisschen enttäuscht, dass es so herausgekommen ist, dass wir nicht eine schwarze Null haben, aber ich denke, längerfristig bekommen wir das Ruder wieder herum. Ich bin zuversichtlich, dass wir das zusammen schaffen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Christoph Zwahlen: Ich habe vergessen zu fragen, das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung. Ist jemand dagegen? Dann sind wir jetzt also eingetreten.

Dominique Häring: Die Fraktion Mitte EVP hat sich den AFP auch genau angeschaut. Ich durfte selber am Anfang als Ersatzmitglied in der Rechnungsprüfungskommission sitzen und habe dort schon gewisse Sachen gesehen. Es zeigt jetzt, was in den letzten Jahren verpasst worden ist. Es hat einen gewissen Investitionsstau gegeben, den wir jetzt am Aufholen sind. Er kommt jetzt einfach ziemlich rasend schnell. Die Gebäuden werden alt, sie müssen saniert werden und wer im Baugewerbe zu Hause ist, der weiss, Sanieren ist meistens teurer als neu bauen. Die Gemeinde versucht mit allen Massnahmen, die Kosten zu reduzieren, gelingt leider nicht immer, wir kommen später darauf zurück. Wenn man das so anschaut, sehen die Investitionsräume ab 2030 schon einmal ein bisschen anständiger aus, nämlich sie werden tiefer, und zwar wesentlich. Man weiss, dass sich alles, alle 7 Jahre wiederholt oder es verändert sich etwas, d.h. wir können ab 2030 mit rosigen Zeiten rechnen. Wir danken dem Gemeinderat für die Weitsicht, die Finanzen in den Griff zu bekommen, die Investitionen so gestaffelt wie möglich zu bringen, damit sie uns nicht einfach von Jahr zu Jahr verblasst. Es ist ein wichtiger Aspekt, dass wir die Steuern dort belassen, wo sie sind und entsprechend ist es immer eine sehr herausfordernde Aufgabe, die Finanzen im Griff zu behalten. Wir nehmen das so zur Kenntnis und sind mit dem AFP einverstanden.

Gilbert Bernoulli: Wir von der FDP-Fraktion haben uns natürlich auch über den AFP intensiv unterhalten und haben das Gefühl, Fr. 2 Mio. sind hier einfach ein bisschen viel. Bei Fr. 100 Mio. Schulden und 0% Selbstfinanzierung, weiss ich nicht, ob wir hier auf dem richtigen Weg sind. Langfristig sehen die Prognosen zwar schon so aus, als würde es wieder besser werden, aber ich glaube dann erst daran, wenn ich es sehe und für mich ist die Attraktivität von Pratteln nicht nur Investitionen und neue Bauten, sondern auch ein attraktiver Steuerfuss weil schlussendlich wollen wir ja gute Steuerzahler, die entsprechend auch hier bleiben und nicht wieder gehen wollen weil sie zu viel Steuern zahlen. Deshalb werden wir von der FDP dem AFP nicht geschlossen zustimmen, sondern uns dagegen aussprechen. Ich habe noch eine Frage, und zwar bezüglich Neubau Passerellen in dem AFP. Mit welchem Betrag hat man dort budgetiert, mit dem neuen oder noch mit dem ursprünglichen?

Gery Stadler: Eine lebenswerte Gemeinde hat tatsächlich ihr Preisschild und ich weiss nicht, ob die Sparmassnahmen dem lebenswerten Prattler gerecht werden. Es ist eigentlich widersinnig. Die Gemeinde darf nicht auf Einsparungen verzichten, sie muss sparen. Was ich damit meine, wenn es der Gemeinde gut geht, heisst es «die Steuern runtersetzen» und jetzt, wenn es ihr nicht gut geht, muss sie sparen und zwar bedeutet sparen in der liberalen Welt immer, man gibt weniger aus. Sparen bedeutet aber für mich, so hat man mir das als Kind beigebracht, Geld auf die Seite zu legen, denn wenn es mir gut geht, habe ich ein Kässelchen gehabt und ich habe angespart, für Momente die mir nicht gut gehen würde oder wenn ich etwas kaufen wollte.

So hat man mir sparen beigebracht, so bringe ich es auch meinen Schülern bei, dass sie sich nicht verschulden, dass sie in dem Moment, in dem sie Geld haben, auf die Seite legen und nicht ausgeben, wenn sie es nicht haben. Im Moment ist aber Pratteln genau auf dem Weg. Warum? Weil man vor einigen Jahren empfunden hat, jetzt geht es uns gut, jetzt gehen wir mit den Steuern runter und jetzt, wenn es uns nicht gut geht, heisst es «nicht mit den Steuern hinauf.» Wir müssen Altlasten aufarbeiten, das ist genau das Problem. Die Altlasten sind entstanden, weil man zu lange und zu viel gespart hat, also nichts ausgegeben hat, nicht investiert hat, das wäre vielleicht günstiger gewesen. Zum Votum vorhin «wir müssen attraktiv bleiben für gute Steuerzahler» habe ich eine Frage an alle Anwesenden hier drinnen, was ist ein guter Steuerzahler?

Jeder Prattler Bürger, der seine Steuern nach seinem Vermögen zahlt, ist in meinen Augen ein guter Steuerzahler. Er zahlt das, was er kann. Ein guter Steuerzahler ist nicht einer, der viel zahlt, sondern einer, der das zahlt, was er kann und das finde ich eine ganz wichtige Unterscheidung. Ich habe genug davon, wir müssen gute Steuerzahler anziehen. Zweite Frage, von wo kommen denn die guten Steuerzahler? Von unseren Nachbargemeinden, dann geht es denen beschissen? Also irgendwie geht das für mich nicht auf. Wir müssen schauen, dass wir Geld auf die Seite legen, wenn es uns gut geht, Ich sage nicht, wir müssen unverhältnismässig Geld ausgeben, aber ich finde, es entstehen Kosten und die müssen wir tragen und vielleicht muss man dann einmal mit den Steuern auch wieder hoch. Also ich behalte mir vor, für nächstes Jahr, je nachdem, wie die Rechnung aussieht, eine Steuererhöhung zu fordern, denn nur Sparen überall, das geht nicht.

Fabian Mendelin: Ich halte mich kurz zum Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Aufgaben- und Finanzplan 2026-2030, wie ihr auch aus dem beiliegenden RPK-Bericht entnehmen könnt, wird für das Budget 26 mit einem Aufwandüberschuss von rund Fr. 2.2 Mio. gerechnet. Das ist mit dem heutigen Eigenkapital noch tragbar. Wichtig ist aber, rund 4/5 der Ausgaben sind gebunden. Das heisst, über die kann man politisch kaum oder gar nicht verhandeln. Der Spielraum ist also sehr beschränkt. Positiv ist, dass die Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser, Abfall und MMN gut bis sehr gut kapitalisiert sind. Auch der Finanz- und Lastenausgleich hilft, den Druck ein bisschen abzufedern. Auf der anderen Seite sind die Investitionen sehr hoch und die Verschuldung nimmt spürbar zu, was die RPK zur Kenntnis nimmt und im neuen Jahr zusammen mit der Gemeinde anschauen wird. Wir haben den Bericht in der SVP-Fraktion diskutiert und können die Einschätzungen der RPK nachvollziehen und sind zum Schluss gekommen, dass der Bericht in Ordnung ist und wir die Anträge unterstützen.

Andreas Seiler: Es ist vorher so viel finanzpolitischer »Gugus« aus meiner Sicht gesagt worden, dass ich mich jetzt einfach melden musste. Es ist der Eindruck erweckt worden, seit wir den Steuersatz angepasst haben, uns zu einer Tiefsteuer Gemeinde gemacht haben, weil es uns damals gut gegangen ist. Das ist eben nicht korrekt. Wir sind irgendwo im Mittelfeld. Ich habe auch nicht den Anspruch, dass wir in die Tiefsteuer runtergehen, denn das muss für eine grosse Gemeinde immer mit Abstrichen sein, die zu schmerzhaft ist aber wir können auch nicht zu einer »Hochsteuergemeinde« sein, denn ich glaube, das würde uns unter dem Strich finanziell noch mehr schaden. Deshalb ist für meine Fraktion klar, dass der Steuerfuss dort bleiben muss, wo er ist und ich möchte daran erinnern, dass wir früher, als es gut ging, auch Rückstellungen gemacht haben in Vorfinanzierungen und davon einige Investitionen finanzieren konnten aber wenn man natürlich Fr. 2 Mio. Minus macht, kann man nicht sparen, wie du es gesagt hast und wenn wir sehen, dass wir jetzt im Budget 0% Selbstfinanzierung haben, heisst das, dass alle Investitionen, die wir jetzt machen müssen, mit Abschreibung die Kredite eigentlich wieder zurückzahlen sollten, die wir aufnehmen, sonst werden wir langfristig keinen Gegenwert mehr haben für die Kredite, wofür wir Zinsen zahlen müssen. Deshalb aus meiner Sicht braucht es langfristig eine Korrektur auf der Ausgabenseite. Ich denke auch, es ist legitim, dass Pratteln sagt, man wolle einfach nur gute Steuerzahler, sondern einen gewissen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Eine gute Durchmischung ist für jedes Quartier und jede Gemeinde gut und Pratteln ist da im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton, benachteiligt, das kann man sehen. Ich glaube aber, das wird sich mit vielen neuen Gebieten deutlich verbessern. Wie man im Bericht lesen konnte, hat die RPK auch alles überprüft und sich Sorgen gemacht über die langfristige Verschuldung, das muss man auch langfristig anschauen.

Kurzfristig können wir uns das Defizit wahrscheinlich nicht leisten, mittelfristig wird es allenfalls ein Problem, wenn man nicht Gegensteuer geben kann. Man muss ja nicht mit grosser Begeisterung zustimmen aber ich stehe auch hinter dem Beschluss der RPK, den man hier getroffen hat, dass man so zustimmen will, wie es der Gemeinderat beantragt, aber mittelfristig muss der Gemeinderat schon schauen, wie er das alles finanzieren kann und dann auch wieder zurückzahlen kann. Das ist aus meiner Sicht ein Problem und darum wird uns das auch in einem Jahr sicher noch beschäftigen. Ich denke, einer Steuererhöhung werden mir sicher nicht zustimmen und einen Punkt möchte ich noch ergänzen. Der Gemeinderat und auch wir sollten

uns nicht einfach hinter den Punkten gebundene Ausgaben verstecken und sagen, man kann nichts machen.

Denn viele dieser Ausgaben haben wir selber als Einwohnerrat beschlossen, wir haben ein Reglement beschlossen, das den Gemeinderat dann verpflichtet, etwas zu machen oder zu zahlen. Wir hatten in der letzten Dezember-Sitzung eine lange Diskussion über die frühe Sprachförderung. Wir haben auch eine lange Diskussion gehabt, ob man jetzt die Schwinghalle finanzieren will oder nicht. Also der Einwohnerrat gibt auch sehr viel Geld aus und ist auch nicht konsequent mit dem man eigentlich sein sollte für die langfristige finanzielle Gesundheit der Gemeinde, wie es auch im Legislaturziel steht. Deshalb würde ich vom Gemeinderat erwarten, dass er zu diesen Entlastungsprogrammen oder Mehrkostenkompensation, die schon immer ein bisschen im Hintergrund ist und die wir nie genau erfahren haben. Diesmal ist der Gemeinderat anscheinend noch an gewissen Sachen dran aber wir wissen nicht genau, wieviel er einsparen kann. Ich hoffe schon, dass der Gemeinderat auch bei den Bundesausgaben mal dahinter geht und Vorlagen bringt in den Einwohnerrat, dass man sagen kann, dort könnten wir Mehrausgaben an anderen Orten kompensieren im Gemeindebudget. Was dann der Einwohnerrat damit macht, ist dem Einwohnerrat überlassen.

Ambra Bianchi: Die Fraktion SP dankt dem Gemeinderat für die ausführliche und informative AFP wie auch der RPK für die geleistete Arbeit und den aufschlussreichen Bericht. Wir sind für das Eintreten.

GR Silvia Lerch: Vielen Dank für eure Fragen. Die Passerelle, ist eine Investition, das wird uns dann mit den Zinszahlungen auf das Budget schlagen. Ihr seht im Aufgabenfeld 14 im Investitionsprogramm ist noch der ursprüngliche Betrag drin. Zu Andreas Seiler: Es ist so, dass wir einen gewissen Einfluss haben auf die gebundenen Ausgaben. Wir sind auch stetig am Kontrollieren, wo wir noch einen Fuss hineinsetzen könnten. Wir haben vor allem im sozialen Bereich einige Dienstleistungen im Petto, bei denen wir prüfen, ob wir das selber machen können. Da ist immer etwas am Laufen. Wir sind auch mit anderen Gemeinden daran beschäftigt, Vorlagen für den Kanton zu erarbeiten, wir sind immer im Austausch und überall aktiv dabei, wo es etwas zu tun gibt und ihr lest dann in den Medien schon, wenn etwas kommt und wir werden euch natürlich dazu informieren, wenn es dann soweit ist.

Urs Schneider: Besten Dank Silvia, für die Präsentation des Budgets. Bevor wir zur Lesung kommen, habe ich noch 2 Fragen, ich nehme an, du oder Philippe Doppler, werden diese beantworten können. Für mich ist auch noch entscheidend, ich möchte gerne noch ein bisschen zurückschauen. Wir haben schon das Budget 25 auch schon mit einem Defizit budgetiert gehabt und wie auch jetzt das Ganze ein bisschen in einen luftleeren Raum hineinplanen mussten, in dem man nicht genau weiss, ob es dann effektiver so eintritt. Aber jetzt haben wir Dezember und man weiss jetzt ungefähr schon vom letzten Jahr, wie das könnte oder müsste ausfallen. Erreichen wir das Budget oder sind wir negativ oder sind wir positiv? Darauf hätte ich gerne eine Antwort. Die Budgetierung der Steuereinnahmen der juristischen und der natürlichen Personen hast du geläutert, trotzdem ist es für mich nicht ganz nachvollziehbar und hätte noch gerne von Philipp eine Begründung, auf welchen Grundlagen, man so budgetiert und sagt, also bei den juristischen Personen kann ich es nachvollziehen, wenn es so Umstrukturierungen in den Firmen gibt, bei denen man weiss, die auf dem Kanton gemeldet werden, dann verstehe ich das, aber dass es bei den natürlichen Personen auch eine Mindereinnahme der Steuerbeträge von rund Fr. 1.2 Mio. im Jahr 2026 geben sollte, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

GR Silvia Lerch: Vielen Dank, Urs. Leider kann ich dir noch keine stichhaltigen Aussagen auf die Rechnung hier in aller Öffentlichkeit präsentieren. Wir müssen warten, bis sie auch wirklich vorbei ist. Ich habe gewisse Punkte bereits in der Präsentation erwähnt, dass wir dort teilweise noch ein bisschen etwas hineinkriegen müssen. Es ist aber bei den Steuern effektiv so, dass wir immer wieder Vorjahreseinnahmen haben, die Zahlungen kommen teilweise sehr ungenau oder verschoben und deshalb können wir die genauen Einnahmen nicht voraussehen. Das ist auch immer ein bisschen das Zahlungsverhalten der Steuerzahler. Wenn Philipp noch etwas ergänzen will, darf er das selbstverständlich gerne machen.

Philippe Doppler: Ich kann gerne noch etwas ergänzen, also die Einkommenssteuer der natürlichen Personen beträgt im 2024 Fr. 25.9 Mio., das ist Fakt. Zum Zeitpunkt, als wir das Budget 2025 erstellt haben, als wir Fr. 27.6 Mio. erwartet haben, ist die Prognose für 2025 deutlich höher gewesen und 2024 ist es eben doch nicht so hoch ausgefallen, wie wir eigentlich erwartet haben. Aufgrund dieser Basis haben wir jetzt das Budget 26 wieder leicht nach unten reduziert und immer die aktuellsten Daten und Fakten zur Hand genommen, die wir haben, um diese Berechnungen zu machen und aufgrund dessen ist jetzt dieser Wert entstanden.

Patrick Weisskopf: Ihr wisst, wie schwierig es ist, den AFP zu lesen, wenn man keine genauen Details, respektive die Rechnungsprüfungskommission hat sie. Es ist mir einfach aufgefallen, dass es die Liste mit den Sparmassnahmen zwar gibt aber eigentlich keine Transparenz hat. Darum würde ich gerne während dieser Lesung vom Gemeinderat wissen, wo die halbe Million Einsparung gemacht worden ist, es wäre gedient, wenn er während der Lesung darauf hinweisen würde und auch im Sinne der Transparenz die Einsparungsliste unserer RPK Mitglieder zur Verfügung stellen würde, sodass wir die Chance haben, im Laufe dieses Jahres für das nächstjährige Budget bereits Anträge machen können, wie es auch unser Reglement zum Budget-Postulat vorsieht, damit man das gezielt machen kann.

Lesung:

01 Politische Behörden

02 Allgemeine Verwaltung *keine Wortmeldungen*

03 Polizei

Urs Schneider: Der Gemeinderat hat ein Budget präsentiert, das auch in der Sicherheitskommission ein Thema gewesen war und dort so verabschiedet worden ist, die Sparmassnahmen zum Opfer gefallen sind um Fr. 26'000, die man zuerst im Budget hatte und zwar für die Beschaffung der Teaser für die Gemeindepolizei. Die Polizisten sind zwar ausgerüstet mit einer Pistole, wir hoffen, dass die Pistole nie gebraucht wird. In der heutigen Zeit macht es absolut Sinn, auch mit der erhöhten Gewaltbereitschaft des Publikums, die sie antreffen, dass man die Polizei zeitgemäss ausrüstet. Ich will aber nicht die Fr. 26'000 wieder ins Sachaufwand nehmen im Aufgabenfeld 03, sondern nur die Hälfte und zwar Fr. 13'000. Deshalb halb weil die Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei Muttenz, die ja aufgelegt wird und funktioniert, soll auf dem gleichen Stand stattfinden und die Muttenzer haben in ihrem Budget auch 2 solche Geräte drin. Darum stelle ich den Antrag. im Aufgabenfeld 03 Polizei Erhöhung des Sachaufwands um 13'000 Franken von Fr. 198'800 auf Fr. 211'800.

Antrag:

AF03 Polizei

Antrag, SVP, Urs Schneider:

Erhöhung des Sachaufwandes um Fr. 13'000 von Fr. 198'800 auf Fr. 211'800.

://: Der Antrag wird mit 24 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Patrick Weisskopf: Ich habe den Antrag abgelehnt, muss jedoch sagen, dass sich dies im Rahmen des Globalbudgets problemlos umsetzen lässt, wenn Urs Schneider dies als gute Idee erachtet und der Vorschlag bei der Gemeindeverwaltung Anklang findet. Entsprechend kann darum gebeten werden. Beim Aufgabenfeld Polizei ist uns aufgefallen, dass sehr oft die Zahl beispielsweise die Zahl der Verkehrskontrollen grösser als 30 pro Jahr steht, bei rollender Verkehrsprüfung oder bei ruhender Verkehrsprüfung grösser als 250 pro Jahr. Was uns nicht ganz klar ist, ist ob das pro Tag oder pro Woche sind? Wir haben ja ein Radargerät gekauft, das können wir aufstellen. Das kann sicher längere Zeit draussen stehen, sodass wir hinaufsetzen können, dass statt grösser 30 pro Jahr, dass man die Kontrollen auf 50 setzen kann. Letztes Jahr haben wir über die Investition diskutiert, es ist auch bestritten worden, ob das rentiert. Da würde ich auch gerne wissen, ob es sich rentiert hat? Bei der Anschaffung der

Radaranlage haben wir eine Fehlinvestition gemacht und sonst können wir die Wirklichkeit herausbringen und laufen lassen.

GR Stefan Löw: Zu den Fragen von Patrick: Die Investition hat sich selbstverständlich gelohnt, und zwar nicht nur rein in finanzieller Hinsicht. Wir machen auch weitere Prüfungen und Messungen und Zählungen, die man mit dem Gerät machen kann. Wir können viel mehr Daten beschaffen, die uns dann zu Aussagen führen, auch das Verhalten der Verkehrsteilnehmer wie schnell sie sind. Die Auswertung ist sehr umfangreich und man kann sie mehrere Tage am gleichen Ort stehen lassen, bis die Batterien das zulassen, das sind bis 7 Tage.

Die Idee ist auch, dass es gut sichtbar ist. Wir wollen ja eigentlich den Verkehr beruhigen, es geht nicht darum, dass wir hier nur Geldeinnahmen machen wollen mit dem Gerät. Es hat sich sehr gut bewährt bis jetzt. Es stösst auch durchaus auf Akzeptanz und die Verkehrsteilnehmer bewegen sich auch recht gut und halten Geschwindigkeiten ein. Nebst dem haben wir natürlich noch ein Handgerät, das wir auch einsetzen. Wir kontrollieren alle Strassen, das haben wir auch so zum Ausdruck gebracht, dass wir einmal im Jahr kontrollieren, das machen wir dann zu unterschiedlichen Zeiten. Mit dem Radargerät ist es ein bisschen schwieriger zu transportieren, da müssen wir gezielte Standorte festlegen und auch zum Teil fragen, wenn wir es auf privatem Grund machen, ob wir es abstellen dürfen.

Wir haben zunehmend auch mehrere Möglichkeiten, dass wir hier differenzieren und verschiedene Orte aussuchen können, die nicht immer die gleichen sind. Wir sind froh für das Gerät. Wenn es an einem Standort länger eingesetzt ist, ergänzt sich das nicht, also es wird sicher nicht jede Woche irgendwo sein, aber mit dem Handgerät machen wir natürlich mindestens 50 Messungen, wenn nicht mehr.

AF03 Polizei

Antrag U/P, Patrick Weisskopf:

Anzahl der allgemeinen Verkehrskontrollen des rollenden Verkehrs ist ≥ 50 pro Jahr.

://: Der Antrag wird mit 26 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen

Fortsetzung der Lesung

04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

Urs Schneider: Ihr müsst keine Angst haben, ich sage nicht zu jedem Aufgabenfeld etwas. Bei der Feuerwehr ist ein Minderertrag gegenüber der Rechnung 2024 von Fr. 207'000 budgetiert, das obwohl wir eigentlich das Feuerwehrreglement angepasst haben, die Dienstzeit oder die Dienstdauer erhöht haben, neu auf 45 und dadurch grundsätzlich mehr Einnahmen kommen sollten auf das nächste Jahr. Wieso hat man dann auch dort auf 2023er Zahlen basiert und hat das nicht noch berücksichtigt?

GR Silvia Lerch: Die Mindereinnahmen gehen zurück auf die Einquartierung in der ALST. Wir haben dort nur einen geringen Beitrag budgetiert, weil man Voraus nicht weiss, wie der genutzt wird. Das ist immer sehr schwankend. Wir haben 2024 noch Fr. 205'000 eingenommen. Ursprünglich waren Fr. 25'000 im Budget. Dann gibt es wieder ein Jahr, in dem gar nichts geht, das sind die Schwankungen, darum ist man dort ein bisschen vorsichtig gewesen mit der Budgetierung. Im laufenden Jahr sind wir schon bei Fr. 70'000 und haben auch nur Fr. 25'000 budgetiert gehabt. Das nächste Jahr wird voraussichtlich ein bisschen ruhiger, das wissen wir aber noch nicht, deshalb dieser Betrag.

Patrick Weisskopf: Bei den Zielen und Plänen steht ein Ziel für die Schutzraumplätze der Bevölkerung, die sind sichergestellt und es heisst, dass es grösser als 110% ist. Was uns hier jedoch überrascht, ist, wie dieser Wert bereits berücksichtigt oder eingespeist ist, wissen wir ob wir mit der Budgetierung darunterfallen mit den grösseren Quartierplänen, die kommen werden? Müssen wir hier investieren oder wird das von den zukünftigen Quartierplänen aufgefangen? Ebenfalls ist die Frage, wie sieht mit den Abbrüchen aus, die es gibt? Im Kirchgemeindehaus hat es glaube ich auch eine Grösse drin, ist da irgendwo noch eine Überraschung versteckt, die man nicht im Investitionsplan sieht?

GR Stefan Löw: Von den Platzzahlen her sind wir noch über 110%, ich glaube bei 115% oder 117%, also haben wir noch genügend Platz im Moment. Das Fröschmatt-Schulhaus wird es einschränken aber auch da sind wir mit Philipp Schoch dran, dass wir wenigstens die 50% wieder erreichen können dort, wo wir verlieren. Da müssen wir etwas investieren aber wir bekommen auch vom Bund wieder Geld zurück für die Schutzräume, die dort gemacht werden. Die Schutzräume werden nicht mehr so gebaut, wie wir sie vielleicht kennen. Es geht vor allem darum, was es für Räume sind, diese können auch viel grösser sein, die den Schutzfaktor erfüllen. Sie müssen nicht in kleine Raster unterteilt sein, je nachdem kann es eine grosse Tiefgarage sein oder so. Da ist man natürlich ganz klar dran.

In den grossen Quartierplänen ist Vorschrift, dass sie dementsprechend Schutzräume bauen müssen, denn bei kleineren Gebäuden ist es limitiert, es braucht 35 Zimmer, dann muss man aber Schutzräume bauen. Also auch da hat es eine Vorgabe, die man berücksichtigen muss und sonst müssen Gesuche gestellt werden, um auf den Schutzraum zu verzichten und dementsprechend eine Abgabe entrichten in den Schutzraumfonds, aus dem wieder auch Geld bezogen werden kann. Wir werden die Ziele weiterhin erreichen, das ist eine ganz klare Vorgabe. Wir wollen nicht davon abweichen und grundsätzlich dürfen wir auch nicht davon abweichen, wenn sich mal z.B. ein Bau verzögern sollte, wir holen es auch wieder auf.

Fortsetzung der Lesung:

05 Schulen

06 Familienergänzende Angebote

07 Kultur, Sport und Freizeit

08 MMN

09 Gesundheit und Alter

10 gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

11 soziale Unterstützung

12 Asylwiesen. Keine Wortmeldungen

13 Kindes- und Erwachsenenschutz

Urs Schneider: Ich habe eine Frage zu den Stellenprozenten. Man hat 2024 725% gehabt, im 2025 810% und im Jahr 2026 986% Stellenprozent. Die Erhöhung vom 2025 auf das Jahr 2026 ist 176% und trotzdem ist im Personalaufwand nur ein Mehraufwand von 14'000 Franken budgetiert. Ist das korrekt?

Christoph Zwahlen: Im Moment kann das offensichtlich nicht beantwortet werden. Dann gehen wir trotzdem mit der Lesung weiter.

Philippe Doppler: So wie es im Moment für mich aussieht, ist die Zahl im Stelleneinsatz im Jahr 2025 nicht korrekt. Gemäss den Zahlen im Personalaufwand im Aufgabenfeld 13 müsste eigentlich der Anstieg vom Ist 2024 von 725% auf Soll 2026 986 % korrekt sein mit den Zahlen im Budget. Also vermutlich ist die Zahl im Jahr 2025 falsch. Das klären wir ab.

Fortsetzung der Lesung:

14 Verkehr und öffentliche Anlagen

15 Wasserversorgung

16 Abwasserbeseitigung

17 Abfallbewirtschaftung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie

19 räumliche Entwicklung und Baugesuche

20 Wirtschaft

21 Steuern

22 Finanz- und Lastenausgleich

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Wir kommen zu den Beschlüssen. Es hat Gemeinderatsbeschlüsse die von der RPK unterstützt werden und wir stimmen über die Beschlüsse einzeln ab.

1. Genehmigung Investitionsbudget 2026

://: Die Investitionsrechnung wird mit 31 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000 sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000 je Einzelfall ohne Sondervorlagen mit dem Budget bewilligt.

Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuerfüsse für das Jahr 2026

Der Rat beschliesst mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

Der Rat beschliesst mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: 2.2 Die Ertrags- und Kapitalsteuer sowie der Sondersatz für ehemalige Statusgesellschaften wird neu auf 55% des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert)

3. Feuerwehropflichtersatz

Der Rat beschliesst mit 34 Ja- Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Feuerwehropflichtersatz: 10% des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 100 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

Urs Schneider: Die Spezialfinanzierung der Abwasserentsorgung ist sehr stabil. Wir haben über Fr. 30 Mio. in dieser Kasse. Ich habe nachgeschaut, vor etwa 4 oder 5 Jahren waren es noch Fr. 25 Mio. und das ist jetzt stetig angestiegen. Aufwand und Ertrag halten sich normalerweise in der Waage oder es kommt mehr Geld hinein. Aus meiner Sicht ist es nicht nötig, dass wir in dieser Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung über Fr. 30 Mio. haben. So riesige Projekte kommen zukünftig nicht auf die Gemeinde und das können aber trotzdem immer wieder Erträge hinein, auch wenn man einmal ein grösseres Projekt hat. Meine persönliche Meinung wäre, dass man eigentlich dort in dieser Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung Fr. 20 Mio. +/- Fr. 25 Mio. enthalten sein, darum möchte ich zukünftig den Rabatt von 20% im Moment als unverändert drinsteht, auf 30% steigern. Man hätte wahrscheinlich auch gerade auf 40% steigern können, aber ich will das Futter nicht überladen, darum würde ich den Antrag stellen, auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 30% gewährt.

GR Silvia Lerch: Vielen Dank für den Input und für die möglichen Sparmassnahmen. Tolle Idee im Prinzip. Die Rabatte kann man voneinander trennen, das ist so. Es hat Auswirkungen

auf die Wasser- und Abwasserkassen, das ist im Prinzip vom Eigenkapital her eigentlich verkraftbar. Das Problem ist eigentlich, die Auswirkung auf die Liquidität. Es fehlt uns dann nachher wieder ein grosser Batzen an flüssigen Mitteln und das ist eben genau das, woran wir immer arbeiten, die Verschuldung immer höher wird wegen dem Selbstfinanzierungsgrad, das wir nicht haben und wir brauchen die liquiden Mittel, um Löhne und Rechnungen zu zahlen. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir diesem Antrag nicht folgen.

5. Abwassergebühren

Gegenüberstellung der Anträge:

Antrag SVP, Urs Schneider 30%	Antrag, GR 20%
://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 30% gewährt.	://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 20% gewährt.
19 Ja	10 Ja
6 Enthaltungen	

Antrag, SVP, Urs Schneider obsiegt.

Schlussabstimmung:

Der Rat beschliesst mit 22 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen (1 nicht abgestimmt):

://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 30 % gewährt.

6. Festsetzung Hauskehr-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 8.1 %)

a) Gebührensäcke nach Volumen (unverändert)

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	1.30
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	2.60
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	5.20
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	7.80

b) Gebührenmarken für Sperrgut oder verschnürte Bündel nach Gewicht (unverändert)

pro 6 kg	1 Gebührenmarke	CHF	2.60
----------	-----------------	-----	------

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht (unverändert)

pro Leerung	CHF	19.00
pro Kilogramm	CHF	0.30

d) Häckseldienst (unverändert)

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF	25.00
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF	50.00
ab 11. Minute (pro Minute)	CHF	4.00

e) Container für Grüngut (neu ab 1. März 2026)

bis 140 Liter-Container	CHF 91.45 (bisher 90)
bis 240 Liter-Container	CHF 175.65 (bisher 172.90)
bis 770 Liter-Container	CHF 536.20 (bisher 528.20)

7. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Die Teuerungszulage richtet sich nach dem Beschluss des Landrates vom 27. November 2025 und beträgt 0.3%.

Philippe Doppler: Wir hatten eine Ausgangslage von Fr. 2'157'600 Mio., wir haben im Aufgabenfeld 3 den Sachaufwand um 13'000 erhöht, man hat den Abwasserrabatt auf 30% erhöht, das hat keine Auswirkung auf das Ergebnis, weil die Differenz aus der Spezialfinanzierung gegenfinanziert wird. Weitere Einflüsse sind die Teuerung des Verwaltungspersonals mit 53'000 Franken, die Teuerung des Lehrpersonals mit 56'100 Franken und die Reallohnanpassung des Lehrpersonals mit 123'700 Franken, ergibt für das Budget neu einen Verlust von Fr. 2'403'400 Mio.

8. Genehmigung Budget 2026

Der Rat beschliesst mit 30 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Das Budget für das Jahr 2026 wird mit Verlust von CHF 2'403'400 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

://: Die im Aufgaben- und Finanzplan 2026 – 2030 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

2. Nr. 536

Fragestunde

Frage

Gottesacker – ein Park für Alle?

Dominique Häring, Fraktion Die Mitte-EVP

GR Stefan Löw: Die Frage ist sowohl von der Abteilung Dienste und Sicherheit als auch unter der Mithilfe der Abteilung Bau, beantwortet worden. Voraus möchte ich ein paar Bemerkungen machen zum einleitenden Text und zum zweiten Absatz. Es wird ein bisschen zum Ausdruck gebracht, dass der Park nur für gewisse Menschen eigentlich zur Verfügung steht und das ist nicht der Fall. Der Park ist für alle da. Es wird auch zu allen Tageszeiten von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen genutzt und das war immer Sinn und Zweck gewesen. Im zweiten Abschnitt geht es ein bisschen darum, wie wir den Park beaufsichtigen. Die Gemeindepolizei macht regelmässig dort Kontrollpatrouillen in diesem Park.

Es wurden auch keine Spritzen gefunden und ist uns auch nicht so gemeldet worden. Selbst die Kantonspolizei hat ein Auge auf dem Park. Im nächsten Abschnitt ist die Frage betreffend alkoholisierte bzw. unter Drogen stehende Benutzer. Auch diese Feststellung ist nicht gemacht worden. Dass jemand leicht alkoholisiert ist, kann durchaus sein, aber das merken wir auch sonst im öffentlichen Raum nicht. Dass sich explizit jemand daneben oder völlig schlecht benommen hat, ist bis jetzt nicht festgestellt worden.

Frage 1: Was gedenkt der Gemeinderat gegen diesen Unrat im Park zu unternehmen? Einfach wegmachen nützt scheinbar nichts. Der Werkhof reinigt den Park regelmässig und auch zu den wärmeren Jahreszeiten noch intensiver und dichter und das mehrmals in der Woche und

wenn jemand erwischen die Littering machen, mahnen wir sie selbstverständlich, die Sachen mitzunehmen oder auch zu versorgen. Wir tolerieren das nicht.

Frage 2: Wie gedenkt der Gemeinderat, die «schwierigen» Personen aus dem Park zu vertreiben, dass sich auch wieder Mütter mit Kindern oder ältere Personen angstfrei aufhalten können? Wie gesagt, machen wir regelmässig die Kontrolle und wenn es Eskalationen geben würde, dann würden wir dementsprechend Massnahmen ergreifen.

Frage 3: Ist der Gemeinderat bereit, eine Prüfung zur Umsetzung eines Hundebereiches einzuleiten? So können auch ältere Personen sich im Zentrum mit ihrem treuen Begleiter bewegen. Beim Mitwirkungsverfahren hat die Mehrheit gesagt, dass man auf den Hundespielplatz verzichten will und dementsprechend ist das dann auch so nicht gemacht worden und es hat keine Hundespielwiese gegeben und was auch noch zu erwähnen ist, dass der Park eigentlich einen denkmalpflegerisch gewissen Schutz hat und das mitunter auch ein Grund ist, dass man das weggelassen hat.

Frage 4: Ist der Gemeinderat bereit, den Park über Nacht zu schliessen, um Schäden zu verhindern?

Eine Schliessung des Parks in der Nacht ist nicht vorgesehen. Wir wollen auch weiter öffentlich so zulassen und wir sehen auch keinen Grund im Moment, das zu machen.

Frage 5: Wer haftet für Verletzungen, die durch liegengelassene Scherben, Dosen oder andere Gegenstände verursacht werden?

Wenn wir diesen Park nicht regelmässig pflegen und entsprechend auch nicht betreuen und die Sorgfaltspflicht verletzen würden, dann würden wir selbstverständlich haften. Aber die Benutzer des Parks können natürlich auch nicht davon ausgehen, dass überhaupt gar nichts herumliegt, denn das kann in einer ganz kurzen Zeit passieren. Also eine gewisse Vorsicht ist immer gegeben, nicht nur im Park, das ist auch in anderen Parks oder Anlagen, die wir haben, immer möglich. Das muss jeder Benutzer des Parks selber machen, aber wie gesagt, wir bemühen uns sehr daran, den Park sauber zu halten und dementsprechend auch zu kontrollieren.

Christoph Zwahlen: Dominique, du hast noch Anrecht auf zwei Zusatzfragen.

3. Nr. 3517

Nachtragskredit CHF 3.8 Mio. Neue Coop-Passerelle

Christoph Zwahlen: Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung. Ist jemand dagegen? Wir sind somit auf das Geschäft eingetreten und kommen zur Direktberatung.

GR Petra Ramseier: (Präsentation)

Die Passerelle ist 2022 klar angenommen worden von der Bevölkerung mit einer Zustimmung von 79,6%. Das ist für den Gemeinderat die Ausgangslage gewesen, um die Passerelle zu planen. Ich möchte kurz darauf eingehen, warum die Passerelle wichtig ist für die Gemeinde. Sie verbindet das Quartier über die Bahnlinie. Wir haben das Problem, dass die Fröschi-Unterführung und der Gallenweg nicht attraktiv sind, vor allem ist die Fröschi-Unterführung nicht behindertengerecht und das möchte man auch mit dieser Passerelle mal in einem ersten Schritt auch dort eingehen. Die Nutzung der Passerelle ist im 2022, also nach Schliessung der Coop-Teilzentrale, für 171 Personen pro Tag gewesen. Das sind heute noch ungefähr 900 Personen, die im ganzen Münchacker-Quartier leben, die die Passerelle genutzt haben.

In Zukunft wird es in diesem Quartier deutlich mehr Personen haben. Mit der Zentrale werden wir ab 2027, 2028 rund 1'000 Personen mehr haben, also eine Verdoppelung der Personen, die es jetzt im Quartier hat. Wenn dann Bredella-West kommt, kommen noch einmal 800 Personen dazu und mit Bredella-Mitte und Ost, die ja näher am Münchacker sind und an der Passerelle 1'200 Personen, also noch einmal eine Verdoppelung. Die Passerelle ist Teil des Schulwegs. Der Schulweg ist sonst zu lang vom Süden über die Bahn zum Münchacker. Man müsste dann schauen, dass man Umplatzierungen anders macht, weil sie nicht mehr ins Münchacher Schulhaus gemacht werden können. Die Schulwegsicherheit bietet die Passerelle auch als gute Option weil der Gallenweg und die Wasenstrasse oder die Oberemattstrasse sind für Kinder zum Queren nicht ideal.

Im Münchacker-Quartier wird es auch neue Turnhallen geben, die nicht nur vom Schulhaus selber genutzt werden sollen, sondern vermehrt auch von Vereinen und allenfalls von anderen Schulen. Das heisst, die Passerelle ist auch für die eine wichtige Querung. Das sind die Ausgangslagen, warum die Passerelle wichtig ist für Pratteln. Laut dem heutigen Stand sind die Kosten der Planung um Fr. 3.8 Mio. gestiegen. Wir haben unterdessen die Baubewilligung erreicht, die Arbeiten sind soweit vorgeschritten, dass die Beiträge aus dem AGLO-Programm gesichert sind, also da müssen wir keine Angst mehr haben. Die bisherigen Ausgaben für Planungen belaufen sich auf Fr. 980'000. Offene Rechnungen, die jetzt im Moment noch anstehen, sind ungefähr Fr. 150'000. Man hat bisher schon Optimierungen an der Passerelle vorgenommen. Die Lage ist nach Westen verschoben worden, was die Brücke ein bisschen kürzer macht.

Die Mittelrampe hat man weggelassen, dadurch wird der Abprallschutz deutlich kürzer und es müssen weniger Arbeiten im Gleisbereich gemacht werden. Es gibt wenige Sperrzeiten, die eingehalten werden müssen und die teuer sind. Die Rampenbreite der bestehenden beiden Rampen ist von 4,5 m auf 3 m reduziert worden. Die Rampe ist noch für die Velofahrer ausgerichtet, das heisst, man hat die Zwischenpodeste weggelassen, sie ist etwas steiler und etwas kürzer, was auch Kosten spart. Wir haben aus den Fraktionen einige Fragen bekommen, ein paar habe ich vielleicht jetzt gerade schon mitnehmen können. Ich habe mir noch ein paar notiert, die ich zu beantworten versuche und bin natürlich nachher auch da, um weitere Fragen zu beantworten. Warum sind die Kosten erst jetzt bekannt? Es sind tatsächlich Ende 2024 noch grössere Anpassungen gemacht und das hat zu einer ziemlichen Überarbeitung des Projekts geführt.

Im Hinblick auf das AGLO-Programm und die Termine sind die Arbeiten für die Bewilligung vorgezogen worden und die erhöhten Kosten haben wir dann noch nachher bekommen. Warum ist es so teuer geworden? Die Kosten waren im Jahr 2022 noch nicht so tief abgeklärt wie heute. Man hat sehr viel Arbeit investiert, jetzt noch weiter in die Tiefe zu planen. Es sind ein paar Sachen, die erst später ersichtlich geworden sind. Die ganze Leitungslage im Spickel in der Mitte ist lange nicht klar gewesen, dass die Starkstromleitung nicht ausgeschaltet werden kann und dadurch die Brücke nicht eingehoben werden kann, sondern geschoben werden muss. Das ist sicher ein grosses Element, das erst später aufgetaucht ist und sehr kostentreibend ist. Die Dimensionen, die die Sicherung unter Abprallschutz annimmt, waren ebenfalls noch nicht klar. Was kommt für Kosten auf die Gemeinde zu, falls die Planung gestoppt wird? Die bisherigen Ausgaben sind mit den offenen Rechnungen etwas über Fr. 1 Mio. Es wird sicher Folgearbeiten noch brauchen, um das Projekt richtig abzuschliessen wird es ungefähr Fr. 200'000 brauchen. Es gibt andere Kosten, die noch dazukommen und das ist u.a. die Velotauglichkeit. Das wäre ein Ersatz für die Fröschi-Unterführung, denn dort ist uns bis jetzt nicht klar, wie eine Fröschi-Unterführung mit Rampe umsetzbar sein wird. Die Problematik der Schulwegsicherheit und der Schulwegplanung bleibt bestehen, das müssen wir dann irgendwie lösen. Zusatzkosten kommen sicher durch die Aufwertung des Gallenwegs, das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit, die Schulwegsicherheit noch weiter zu garantieren. Es ist auch gesagt worden, Pratteln hätte viele Unterführungen, es brauche gar nicht so viele, Liestal kommt auch mit wenigen durch. Ich habe es ein bisschen angeschaut.

Die Verbindungen in Pratteln sind über die Bahn zwischen 170 und 350 Meter auseinander, vor allem im Dorfkern, wo es auf beiden Seiten viel Siedlung hat, das ist in Liestal tatsächlich sehr ähnlich. Es hat eine grosse Lücke dort bei der psychiatrischen Klinik und dann gegen Lausen zu, also am Aussenteil von Liestal aber in Liestal sind die Abstände auch zwischen 150 und sogar 100-110 m und 350 m, also sehr, sehr ähnlich wie Pratteln. Da gibt es jetzt aus meiner Sicht nicht so grosse Unterschiede. Aber vielleicht einfach noch einmal zurück zu unserer Planung. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat sehr stark ans Herz, mit der Planung der Passerelle weiterzufahren und auf den Nachtragskredit heute einzugehen, sodass wir weiterplanen können.

Mauro Pavan: Ich nehme es vorweg, die SP stimmt dem Nachtragskredit geschlossen zu. Natürlich ist es ärgerlich, wenn etwas mehr kostet, als angenommen aber ich glaube, in dem Fall hätte man das aber auch wirklich nicht vorhersehen können. Wenn wir dem heute nicht zustimmen, kommt es teurer. Was man einfach beachten muss ist, wir haben einen Volksscheid für die Passerelle und einen für die Fröschi-Unterführung, die schon länger her liegt. Es hat noch eine Seitenanmerkung, dass das ein Ersatz für die Velotauglichkeit sein könnte, das

will ich natürlich überhaupt nicht hören. Wir reden heute nicht über die Fröschi-Unterführung, sondern über die Passerelle und dieser ist es zuzustimmen, denn die brauchen wir.

Bernhard Zwahlen: Im Jahr 2009 hat Christoph Zwahlen ein Postulat eingereicht, weil ihm aufgefallen ist, dass man von Süden Richtung Norden und umgekehrt mit dem Velo, mit dem Kinderwagen, mit dem Rollator oder mit dem Rollstuhl Schwierigkeiten hat, über oder unter der Bahn durchzukommen. Dann ist lange nichts passiert. An der Volksabstimmung 2016 hat die Bevölkerung «ja» gesagt. Es ist nichts gelaufen. Es ist sogar noch schlimmer gekommen, den Fussgängern hat man eine Passerelle nebenan weggerissen, jedoch hat die Gemeinde nichts dafür, aber es ist passiert.

Weil die Fröschi-Unterführung nicht da ist und die Passanten immer noch keinen schlaun Übergang haben, hat 60% der Bevölkerung zu der Fröschi-Unterführung «Ja» gesagt, und zum Kredit der Passerelle haben 79,9% «Ja» gesagt. Ich glaube nicht, dass es wegen dem Preis, sondern weil die Bevölkerung auch einen Übergang braucht. Der Rat hat jetzt die Möglichkeit, dem Willen, der schon seit 2009 besteht, nachzukommen, dass man von Norden nach Süden einen sicheren Übergang hat für Menschen mit Kinderwagen, Rollstuhl, Rollator, Velo. Für die alle ist es im Moment schwer und es ist alles nicht angebracht für die Leute, denn bei allen anderen musst du einen Umweg nehmen oder man ist neben einem starken Autoverkehr und genau deswegen muss man es annehmen. Es ist sehr legitim, dass man jetzt hässig ist und schimpft, es ist aber nicht unbedingt legitim, jemandem die Verantwortung zuzuschieben für das Desaster. Denn es hat im 2009 angefangen und ist bis jetzt nichts passiert. Es sind 16 Jahre her und bis etwas steht, sind es ungefähr 20 Jahre. Wir müssen nicht die Schuld zuweisen, sondern als Rat haben wir jetzt die Möglichkeit, dieser langen Geschichte ein Ende zu setzen. Wir können dem zähneknirschend zustimmen, ich finde es auch nicht in Ordnung aber dafür hat die Bevölkerung endlich eine sichere Querung über die Bahn, die es in Pratteln einfach noch nicht gibt.

Zum letzten Punkt möchte ich ergänzen, dass wir hier einem Quartierplan zugestimmt haben, wussten, es gibt mehr Leute, wir haben gewusst, es kommen Kosten auf uns zu. Auch das sagt, wir können uns jetzt nicht ins eigene Bein schiessen und sagen und behaupten, keine Überführung dort zu wünschen, weil wir der Meinung sind, die Einwohner, die dort wohnen sollen doch besser dort hinten bleiben, vor allem diejenigen, die in die Alterswohnungen wollen, sollen nicht in Senevita essen gehen können, sie sollen einen komplizierten Umweg nehmen. Denn wir haben jetzt gerade das Geld nicht und die Steuerzahler – zu Andreas seiner Aussage komme ich noch zurück - egal wie gut sie Steuern zahlen, schlussendlich zahlen sie es und sie haben das Recht, die Bahn überqueren zu können.

Dominique Häring: Die Fraktions-Chefs haben es schon gelesen, die Fraktion Die Mitte-EVP sagt «ja» auch zu diesen Fr. 3,8 Mio. Ja, es schmerzt, vor allem weil es nicht zum ersten Mal solche Kosten sind, die uns vorenthalten wurden, die keiner vorhersehen konnte, wie gewisse Sicherheitsstandards plötzlich ins Feld geworfen werden, die man auch noch übernehmen muss und diesmal trifft es uns. Es ist aber nicht nur Gemeinde Pratteln, sondern auch Bredella und die SBB genauso mit diesem Thema gekommen und hat das auch noch schnell in die Runde geworfen. Es hat eine komplette Umplanung des Empfangsbereichs zu sich gezogen. Die Höhe der Kosten habe ich jetzt nicht nachgefragt, spielt aber auch keine Rolle.

Nebst der Quartierentwicklung die wir haben mit der Zentrale, die uns neue Einwohner ins Dorf bringt, haben wir auch Perspektiven, die sagen, optimale Mobilität erschlossen. Wir haben ganz viele Vorstösse in den letzten 20 Jahren gehabt, die die Verbindungen verbessert und optimiert. Gewisse Leute sind noch im Ratsbetrieb tätig, andere sind bereits ausgetreten. Wir haben ein Legislaturziel 3.4, in dem die Coop-Passerelle fertiggestellt werden soll. Müssen wir jetzt die ganzen Legislaturziele streichen? Es ist nur ein Fakt, aber ja, Fr. 3.8 Mio. tun weh und hätten wir es dem Volk damals vorgelegt, hätten sie auch dort «Ja» gesagt zu 11 Mio. Franken, da sind wir uns bewusst und wir sind sicher, die Verwaltung weiss jetzt, welche Nachfragen sie stellen muss. Ich habe aber jetzt eine wichtige Frage. Du (Petra Ramseier) hast vorhin gesagt, die Rampen sind nur noch für Velofahrer. Das finde ich nicht gut, wenn man dort sparen will. Denn es muss auch für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen gangbar sein, sonst haben wir nämlich wieder das gleiche Problem, dass die nirgendwo sicher queren können.

GR Petra Ramseier: Für alle Fussgänger hat es einen Lift.

Patrick Weisskopf: Es ist ein gebundenes Geschäft, das wir hier haben und wenn wir zurück-schauen, sehen wir, dass der Einwohnerrat die Passerelle damals mit einem Kostendeckel der Rampe beschlossen hat. Das Geschäft ist wieder zu uns an den Einwohnerrat gekommen und es war immer dringend, man musste immer pressieren und hatte nie Vorlauf um richtig abzu-klären. Nun liegt mir wieder jetzt eine Vorlage vor. Ich muss sagen, es leuchtet bei mir nicht ein, denn es ist wieder irgendetwas dabei. die Fr. 3.8 Mio. sind, die genau unter dem obligato-rischen Referendum liegen und denen liest man etwas von Wegleitungen, die nochmal Fr. 1.8 Mio. betragen und wenn ich das zusammenzähle, gibt es einen Betrag etwas über 5 Mio. die wieder vor das Volk kommen müssen.

Ich habe noch gelesen, dass es noch ein Strassengesetz gibt. Ich musste mich fragen ob eine Passerelle tatsächlich einem Strassengesetz unterstellt ist? Wenn ich das anschau, muss ich sagen, dass es eine Passerelle ist und nicht eine Strasse. Es sind Infrastrukturbauten und sie dient zur Querung der Gleise und hat mit der SBB zu tun. Deshalb ist es fraglich, ob das im Strassengesetz steht betreffend Werkleitungen und übernommen wird, das ist ein grosses Fra-gezeichen. Aus meiner Sicht müsste der Antrag vom Gemeinderat eigentlich höher sein und zwar Fr. 3.8 Mio. + Fr. 1.8 Mio. dazu.

Ich möchte nochmal vom Rechtsdienst wissen, ist das wirklich sauber abgeklärt worden, sind wir da auf der 100%igen Seite oder müssen wir schlussendlich, auch wenn wir das jetzt bewil-ligen, mit einem weiteren Nachtragskredit rechnen. Der Status einer Passerelle, gilt als Teil des öffentlichen Raums, sie ist im Netz drin, aber sie ist eigentlich nirgendwo geregelt und es gilt das Eisenbahngesetz mit den höheren Auflagen, das ist eines dieser grossen Sachen. Ob tatsächlich die Bevölkerung zu dem Zeitpunkt, zu dem wir abgestimmt haben, bei der vollen Kosten heute mit diesen 12,9 Mio. «ja» gesagt hat, das ist dann eine andere Frage. Wir kom-men einfach immer wieder in die Frage hinein, wie viel können wir machen, wie viel müssen wir machen und was wollen wir machen.

Ja, es soll barrierefrei sein, das heisst, es braucht diese Treppen, es braucht diesen Lift und dann fangen eigentlich die Begehrlichkeiten an. Man hat zuerst eine volle fahrbare Rampe gehabt, dann hat man sie wieder verkleinert. Es kommt immer wieder ein anderes Projekt her-aus und das ist das, was mich stört und auch bei diesem Geschäft, hat man nicht in den Un-terlagen alles mitgeteilt bekommen. Man hat irgendwann im Internet gesehen, dass es abge-speckte Sachen hat und so kann es einfach nicht gehen. Deswegen meine Anträge, ich habe sie vorgestellt, auf die Volle zu gehen, dann das andere wäre die Möglichkeit gewesen, eine Etablierung zu machen, dort habe ich einen Vorschlag, wie man das machen könnte und der dritte ist, dass man mit der SBB nochmal zu Nachverhandlungen geht, weil sie sich dort ein bisschen einfach machen. Sie gehen nicht auf die Behindertengerechtigkeit ein, trotzdem gibt es ein Gesetz, die müsste mehr in die Pflicht gehen, auch mit dem Vertrag von 1913. Weil sich das Geschäft so hingezogen hat, möchte ich eigentlich, dass das die GPK anschaut, nicht um einen Schuldigen zu finden, sondern wirklich ein «lessons learned» daraus zu machen und um sagen können, das könnte man in Zukunft besser machen.

Urs Schneider: Das Geschäft hat uns auch ein bisschen Kopfzerbrechen gemacht, und zwar nicht nur an der Fraktionssitzung, sondern schon eine Woche vor der Fraktionssitzung und auch in dieser Woche nach der Fraktionssitzung. Es haben vorgängig viele Gespräche statt-gefunden, auch diese Woche. Ich hatte auch mit der Gemeinderätin Petra Ramseier ein län-geres Telefonat gehabt nach der Fraktionssitzung, um allfällige Möglichkeiten abzuholen, zu fragen, was haben wir für einen Handlungsspielraum. Es ist richtig Bernhard, 80% haben der Passerelle zugestimmt. Auch wir, die SVP ist hinter dieser Passerelle gestanden. Leider ist jetzt diese Passerelle schon ein rechtes Stück teurer geworden und man darf sich persönlich schon hinterfragen, ob jetzt das Volk zu dem auch noch «Ja» gesagt hätte.

Ich möchte Petra zunächst ein Dankeschön sagen für die Transparenz, die sie an den Tag gelegt hat und in die Fraktion gekommen ist um die Fr. 3.8 Mio. zu begründen und erklären. Sie hätten auch anfangen können zu bauen und dann wären sie in einem halben Jahr oder in einem Jahr mit dem Nachtragskredit gekommen und dann hätte man gesagt, warum kommt man denn nicht früher und ich glaube, das ist auch etwas wert. Wir wissen ja nicht, dass der Gemeinderat zukünftig, auch wenn er weiss, dass es teurer kommt oder kommen kann, dass er einfach heimlich anfängt zu bauen. Denn wenn die Arbeiten ausgeführt sind, kann man den

Nachtragskredit nicht mehr ablehnen. Ich habe Petra auch gefragt, ob die Beiträge vom Aglo-Programm oder vom Quartier nebenan oder von der SBB, noch nachverhandelbar sind. Im Moment, weiss man es ja eigentlich nicht.

Ich hätte mir noch vorgestellt, dass wir das Geschäft auf die Februar-Sitzung vertagen, damit man noch 2 Monate Zeit hat, um gewisse Gespräche zu führen, aber es ist mir doch schon klar, wenn man etwas gewonnen hat, dann wären es vielleicht 50'000, vielleicht 100'000, also zumindest nicht ein Haufen Geld. Hat das grosse Folgen, wenn wir jetzt dem Kredit zustimmen oder ablehnen? Wenn wir ihn heute ablehnen, dann wird nicht vor 2032 gebaut, das ist uns allen bewusst, auch der Fraktion der SVP. Wenn man das Behördenreferendum ergreift, dann wird nicht vor 2030, 2032 gebaut, das ist uns auch klar. Die Fraktion SVP ist nicht der gleichen Meinung. Innerhalb der Fraktion gibt es unterschiedliche Meinungen, einige sind der Meinung, dass es zu teuer ist und man sich das nicht leisten kann, während andere der Meinung sind, dass man sich das leisten muss und dem Kredit zustimmen wird. Es hat ganz viele Argumente, die dagegen sind, aber sicher auch genauso viele, die dafür sind. Unsere Fraktion ist geteilter Meinung, aber ich werde zustimmen.

Didier Pfirter: Das ist eine Frage der Demokratie. Wir haben dem Volk oder der Gemeinderat hat dem Volk einen Antrag gestellt für eine Passerelle mit 3 Rampen, die 4 Meter breit sind. Jetzt soll aber eine Passerelle mit 2 Rampen, die nur noch 3 Meter breit ist und kostet dafür das Doppelte. Als Stimmbürger fühle ich mich dabei ziemlich getäuscht, es gäbe deutlich schärfere Worte dafür, die ich hier im Saal jedoch nicht verwenden möchte. Ich will niemandem unterstellen, dass das extra gemacht wurde aber ich komme mir trotzdem so vor, als wäre ich jetzt nicht Politiker und Insider, sondern einfach der durchschnittliche Stimmbürger.

Es kommt dazu die Fr. 3.8 Mio., die zwar knapp unter den 4 Mio. Franken-Limite liegen, die man sowieso dem Volk unterbreiten müsste und wenn wir noch bedenken, dass die Kanalisation nicht dabei ist - die Frage der Werkleitungen hat Patrick Weisskopf erwähnt – als hätte man sich darauf geachtet um nicht über die Limite hinauszukommen. Es ist auch nicht richtig, was gewisse Leute gesagt haben, dass der Nachtragskredit nicht referendumspflichtig ist. Ich habe mich beim Fachdienst für Gemeinderecht im Kanton erkundigt. Nachtragskredite für Sondervorlagen seien referendumspflichtig. Also man kann sowieso keine Aufträge erteilen im Januar, sondern man muss die Referendumsfrist abwarten, wenn das Volksreferendum ergriffen wird. Das geht dann noch viel länger, als wenn wir es freiwillig dem Referendum unterstellen und am 8. März bei der nächsten Volksabstimmung dem Volk unterbreiten. Es wurde gesagt, der Gemeinderat hätte einfach bauen dürfen, er hätte uns nicht fragen müssen. Auch das ist nicht wahr, das wäre illegal.

Auch das wurde mir vom Kanton schriftlich mitgeteilt. Sobald der Gemeinderat sieht, dass etwas teurer wird, muss er ein Nachtragskredit unterbreiten, ansonsten macht er sich strafbar. Ich glaube, man kann in guter Treue für oder gegen die Passerelle sein, aber ich finde, man kann nicht in guter Treue dem Volk das Wort dazu vorenthalten, dieser Passerelle hätte das Volk nicht zugestimmt. Zum Inhaltlichen: wären wir eine reiche Gemeinde gewesen, dann wäre ich dafür, dass man überhaupt die ganze Bahn überdacht, das gefällt mir gar nicht.

Es wäre schön, wäre alles überdacht und ein Park darüber, aber es ist leider nicht so eine reiche Gemeinde. Wir haben es gehört, wie es mit unseren Finanzen steht, 0% Eigenfinanzierung, ein Defizit von 2 Mio. Franken bei einem Zinssatz von 0,8%. Wir sind uns alle einig, ein Zinssatz von 1.6% ist ein sehr tiefer Zinssatz, das wäre aber das Doppelte. Wir werden über kurz oder lang solche Zinssätze oder noch höhere haben, dann sieht unsere Rechnung dunkelrot aus. Gewissen mag die Farbe gefallen aber uns nicht unbedingt. Zum Projekt: Ich möchte niemandem zu nahe treten aber ich muss das Wort brauchen, es ist unerhört.

Patrick hat es bereits gesagt: Man wird immer wieder unter Zeitdruck gesetzt, quasi fünf vor zwölf, und mit Drohungen konfrontiert – nach dem Motto: Wenn wir jetzt nicht zustimmen, wird uns der Hahn zugedreht. Man kann nie sorgfältig prüfen, ob es wirklich die richtige Lösung ist. Ich greife nur noch etwas heraus und zwar die Rampe. Bernhard Zwahlen hat gesagt, alle anderen Optionen führen zu Umwegen. Noch grössere Umwege als diese Passerelle gibt es nicht. Wer in der künftigen Zentrale wohnt, muss zuerst nach Osten zur Viaduktstrasse, dort darf er dann auf die Rampe hinauf, wenn er dann nicht ein Elektro-Velo hat und auf so eine steile Rampe laufen mag, ungefähr so steil wie der Steinenweg, 9 Meter hoch, kommt er nachher bei der Schlossstrasse auf der anderen Seite heraus.

Also dort, wo er den Gallenweg direkt vor der Nase hat und darüber gehen könnte. Danach muss er, wenn er ins Fröschi-Schulhaus will, den ganzen Weg wieder zurückfahren, und zwar der Zehntenstrasse entlang. Ich gehe fest davon aus, dass die meisten entweder die Fröschi-Unterführung, so schlecht und unbefriedigend sie auch ist, benutzen oder den Gallenweg. Mit weniger Geld kann man bei beiden einiges machen, um das wesentlich zu verbessern. Man kann und muss bei der Gallenweg-Unterführung die Fussgänger- und Velosituation verbessern, zum Beispiel indem man so gelbe Linien macht, wie es an der Oberemattstrasse hat, dass man nicht überholen darf, wenn dort ein Velo ist.

Ich will nicht ins Detail gehen, da gibt es bessere Experten als ich, die das anschauen können. Auch die Fröschi-Unterführung muss man für ein «Rolls-Royce» machen mit grösserer Höhe, damit man durchfahren kann, man könnte einfach einen Lift machen auf der Nordseite, wo man mit einem Velo rein kann und auf der Südseite hat es Platz für eine Rampe, die könnte man gleichzeitig bauen mit dem Schulhausumbau. Es sind nur so Gedanken, es geht eigentlich einfach darum, man sollte das Ganze überdenken, vielleicht braucht es dann am Schluss schon die Passerellen, aber vielleicht auch ohne Rampe, wie Patrick auch vorschlägt in seinem Antrag. Unsere Fraktion wird die Anträge von Patrick unterstützen, also das Projekt zurückweisen. Wir hoffen, dass der Rat das freiwillig dem Referendum unterstellt und sonst würden wir das Behördenreferendum ergreifen.

Martin Stohler: Wir haben heute viel gehört, viele davon sind korrekt, viele davon sind Annahmen und viele davon sind Tatsachen. Ich habe auch damals ja gestimmt, in der Annahme, dass irgendetwas geht. Mittlerweile haben wir Tempo 30 im Gallenweg, das begünstigt es für mich schon einmal ein bisschen, dass ich mit meiner Tochter unten durchfahre. Wir haben uns noch in der Baukommission mit unserer Mobilitätsdrehzscheibe auseinandergesetzt. Wir werden noch Fr. 10 Mio. ausgeben am Bahnhof SBB für eine Velounterführung plus das, was wir heute diskutieren, noch einmal die Fr. 8 Mio., wobei ich würde den Einwohnerrat einladen, das Budget heute so abzusegnen. Das wird aber sehr wahrscheinlich nicht der Fall sein.

Den in den nächsten 2-3 Jahren werden wieder Sachen erlaubt, neue Gesetze kommen, neue Vorschriften, die wir dann nachher noch einmal über den Nachtragskredit abstimmen werden, ich denke es wird nicht abschliessend sein. An der Fröschi sollte man auch etwas machen, das resultiert auch noch einmal Fr. 7-8 Mio., dann sind wir bei Fr. 25 Mio. für die drei Überführungen oder Unterführungen. Ich frage mich einfach in der Verhältnismässigkeit, Didier hat es gut gesagt, wenn ich von der Wasenstrasse oder vom Reitweg komme und rüber möchte, fahre ich zuerst 110 Meter die Rampe hinauf, dann geht man 40 m rüber, hinunter zum Denner, nicht bis zur Schlossstrasse, ich habe es gemessen, dann fährst du wieder hoch und dann bin ich nicht ganz überzeugt, weil wenn ich heute Kinder sehe, gehen sie den geringsten Weg des Widerstands und das ist auch der kürzeste Weg und ich bin mir nicht ganz sicher, ob das zielführend ist, dass die dort ist. Dann wäre ich eher für Tempo 20 am Gallenweg, die Unterführung wird ein bisschen besser gestaltet, dass man dort überkommt und dass man die Fröschi-Unterführung so dort vorbereitet, dass man dort überkommt. Ich wüsste nicht, ob der Kredit vor 3 Jahren so durchgekommen wäre. Ich bin davon überzeugt, dass wir noch einmal darüber abstimmen. Ich habe noch nie jemanden das Velo schieben gesehen, wenn er ins Aquabasilea geht: Wir gehen bei der Salinenstrasse durch. Momentan hat es 5 Unterführungen bzw. Überführungen.

Mauro Pavan: Wie wäre das Abstimmungsergebnis gewesen bei der Volksabstimmung, wenn wir die heutigen Zahlen gehabt hätten? Ich glaube, das Volk hätte trotzdem Ja gesagt. Wenn du (Didier Pfirter) dich, als Stimmbürger getäuscht fühlst, (das wurde gemeint). Ich glaube, ich komme mir noch wesentlich getäuschter vor, wenn der Einwohner nachher ein Argument finden würde, warum wir jetzt einem Volksentscheid von 80% einfach doch nicht folgen und die Überführung, die gebaut werden soll, nicht bauen.

Billie Grether: Wir die Unabhängigen haben kontrovers diskutiert, wir haben die Fröschi thematisiert, haben überlegt, was alles als Alternative zur Verfügung steht. Trotzdem denken wir, dass jegliche Verzögerung eine Teuerung von diesem Projekt werden wird. Wir sehen, dass über Fr. 1 Mio. schon ausgegeben worden sind. Wenn man jetzt ein Behördenreferendum machen will und alles gestoppt wird, dann wird man dem Volk wirklich widerreden. Wir sind vom Volk gewählt worden hier und wir haben die Möglichkeiten über den Kredit abzustimmen

und ich möchte es sehr beliebt machen, dass wir das Projekt in dem wir in den sauren Apfel beissen und es hat doch unvorhersehbare Sicherheitssituationen, dem Kredit zuzustimmen. Wenn jetzt nichts zustande kommt, ist die Frage, wie können die Menschen, die mit Rollator unterwegs sind oder mit Kinderwagen, dort überqueren, wenn auch jetzt das Quartier Zentrale gebaut wird? Wir müssen dem Kredit zustimmen.

GR Petra Ramseier: Betreffend die Fr. 3.8 Mio.: Ja, es ist unter Fr. 4 Mio. und wir haben das geprüft. Die 1.8 Mio. für die Werkleitungen sind einerseits für die bestehenden Konzessionsverträge, die Betriebe verpflichten, die Werksumleitungen zu finanzieren. Bei der ganzen Werkleitung ist der Stand der Planung weniger weit weg. Das ist der absolute Maximalbetrag, wenn alles umgelegt werden muss. Man ist auch am Prüfen, die Fundamente anzupassen, sodass die Werkleitungen kaum oder gar nicht verlegt werden müssen. Die Gemeinde selber ist mit der Kanalisation höchstens mit einem Schacht betroffen, was maximal Fr. 50'000 ausmacht. Wir gehen im Moment davon aus, dass wir das noch reduzieren können. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Gesamtbetrag von Fr. 38 Mio. verhebt.

Zur Referendumpflicht, (Didier Pfirter) du hast recht, das haben wir schlicht nicht so gelesen aber es stimmt, der Beschluss ist referendumpflichtig. Auch wenn es eine Passerelle ist und keine Strasse, ist es tatsächlich im Strassengesetz integriert, so wie ich informiert bin, weil die Bewilligung ist ja auch nicht so gelaufen wie es bei Bauten ist, sondern wie ein Strassenbestandteil. Daher gehe ich davon aus, dass das so richtig ist. Um weitere Beiträge einzuholen habe ich es ein bisschen in den Fraktionssitzungen erwähnt. Wir werden das schon noch einmal probieren aber ich verspreche gar nichts. Mehr kann ich dazu schlicht nicht sagen, das braucht mehr Zeit als jetzt die halbe Woche, die ich hier zur Verfügung hatte.

Falls das Referendum zustande kommen sollte, müssen wir vorher kurz abmachen, wann man alle Arbeiten stoppen muss. Denn wir sind dann so im Verzug, auch wenn wir dann das Geld haben und nicht bauen können. Wenn man irgendwie sagen kann, dass wir bis zum Volksabstimmungsentscheid, die Vorarbeiten weitermachen können, um die Auflagen der SBB für die Baubewilligung zu erfüllen, muss man jetzt im Januar anfangen, weiterzubearbeiten, denn das kann man nicht stoppen für 3 Monate, denn wenn man die Baustelleninstallation weitermachen kann und im schlimmsten Fall alles rückgängig machen muss, kann man bei einem positiven Volksentscheid weiterbauen aber wenn wir jetzt 3 Monate gar nichts machen, dann haben wir das Problem, dass wir die Zeit nicht aufholen können.

Das Risiko möchte ich dann nicht eingehen, dass wir nachher Geld haben und kein Projekt dazu. Deshalb möchte ich noch einmal wirklich beliebt machen, dem Kredit zuzustimmen und bitte verzichtet auf ein Referendum. Ich möchte noch korrigieren, es heisst referendumsfähig und nicht referendumpflichtig.

Simon Käch: Ich finde auch, die Prattler Bevölkerung würde sich getäuscht fühlen, wenn wir jetzt das Nachtragskredit ablehnen würden. Die Bevölkerung hat zweimal ganz klar «Ja» gesagt zu einer neuen Querung, die behindertengerecht und velotauglich ist. Wenn wir das jetzt ablehnen, das Referendum ergreifen, wird man auf lange Frist keine solche Querung haben. Wir haben vorher gehört, was es hier für Möglichkeiten noch gibt.

Ich erzähle nicht gern über persönliche Geschichten aber muss sagen, als Einwohner des Münchacker-Quartiers kann ich relativ gut einschätzen, wie attraktiv und gut ist, diese Bahnlinie zu überqueren. Die Situation ist momentan schlecht. Die Fröschi-Unterführung ist ein stinkendes Loch, dunkel, unattraktiv. In der Nacht ist das Sicherheitsgefühl für die Bevölkerung nicht vorhanden. Sie müssen einen riesigen Umweg in Kauf nehmen. Es fehlt die Überquerung, die braucht es zwingend wie für Velo, als auch für Fussgänger. Momentan sind die Strassenüberquerungen für Velos nicht attraktiv. Deshalb bitte ich euch, dem Nachtragskredit zuzustimmen und ich bitte euch diesem auch in Zukunft nicht zu bekämpfen.

Andreas Seiler: Ich spekuliere jetzt nicht, ob das Volk das Projekt, wie wir es jetzt haben, mit deutlich höheren Kosten auch angenommen hätte, denn das wüsste man nur, wenn wir eine Abstimmung gemacht hätten. Was ich aber weiss, bei der damaligen Abstimmung, als wir ein Projekt hatten - ist eine schöne Sache - und ich und auch meine Partei haben damals zugestimmt, für die nicht ganz Fr. 7 Mio. Was mir damals nicht bewusst war, ist, dass beim Bahnhof ein Velotunnel geplant war, der ja einen Zusammenhang mit dem Veloparking hat, die gewisse

Vorteile bringen soll, die man mit der Passerelle nicht hat. Was in unserer Partei auch immer ein Thema gewesen war, ist, wenn man die Passerelle so bauen würde, dann hätte man eigentlich die Fröschi-Unterführung zumindest technisch gelöst.

Wir hören aber heute wieder, dass die Initianten das nicht so sehen, dass man so darauf beharrt, dass man dort auch noch Geld investiert. Schlussendlich sind wir jetzt an der Situation, wo wir nicht lange darüber diskutieren müssen, warum es so ist. Die Frage ist, hätten wir damals für die fast Fr. 11 Mio. auch Ja gesagt? Diese Frage hat sich meine Partei gestellt, sicher auch andere hier. Für mich ist die Antwort einfach «Nein». In dieser Situation muss ich sagen, das ist für mich zu teuer, darum, wie Didier als Fraktionssprecher schon gesagt hat, sind wir gegen den Nachtragskredit und auch für das Referendum.

Bernhard Zwahlen: Es ist schwer eine Partei umzustimmen, die ein Referendum ergreifen will, ich probiere es trotzdem. Die Bevölkerung hat zweimal Ja gesagt zu einer Querung, ich lasse das Thema «Velo» weg, denn mit dem Velo kannst du tatsächlich beim Gallenweg durch. Wenn wir den Gallenweg zu 20er Zone machen, dann können die Kinder mit dem Velo durch. Ab einem gewissen Alter im Rollstuhl, mit Rollator, Kinderwagen, damit ist der Umweg auch viel länger ist, mit dem Velo bin ich schnell. Es gibt ältere Menschen, die in die Zentrale ziehen müssen. Dort gibt es viele Alterswohnungen. Man hat gesagt, dass eine Überführung in die Zentrale geplant ist. Die Altersüberbauungen beginnen nun diese Wohnungen an genau diese Personen zu vermieten.

Jetzt sagt der Einwohnerrat wir wollen es noch einmal der Bevölkerung vorlegen und nehmen in Kauf noch einmal 8-10 Jahre zu warten. Ich komme mir hier wirklich hinter das Licht geführt vor, ich habe zweimal Ja gesagt zu einer Querung und ich habe noch ein drittes Mal Ja gesagt und ein Grossteil der Bevölkerung auch und zwar als es um das Thema REK gegangen ist. Wie oft - es sassen übrigens viele hier im REK - hat die Bevölkerung gesagt, «wir wollen die Bahn besser queren». Es stimmt, dass am Bahnhof eine Velounterführung geplant ist. Eine Velounterführung ist für Velo, dort fährt kein Rollstuhl durch, der Rollstuhl fährt die Unterführung nebenan, es geht um den Bahnverkehr. Wichtig ist doch schlussendlich, dass man auch Perspektiven hat, wann die Velounterführung kommt, und die kommt nicht vor 2035, also in 10 Jahren frühestens. Ich bitte euch von einem Referendum abzusehen, bitte sagt Ja, seid vernünftig und setzt den Volksentscheid zu der Querung endlich um und nicht zum Geld.

Martin Stohler: Bernhard, ich habe dich gespürt, du hast recht, wir müssen eine Querung haben. Trotzdem bin ich überzeugt, dass man eventuell die Rampen weglassen könnte. Es wurde gesagt, dass es uns fehlt. Vorher hatten wir keine Rampen, die 150 Meter auf jede Seite gehen oder 110 Meter und deshalb queren muss.

Wenn die Fröschi-Unterführung auch noch velogerecht sein muss, dann weiss ich nicht, was wir noch alles unternehmen müssten und deswegen kann ich einfach nicht dahinterstehen, dass es dort eine Passerelle braucht. Du (Bernhard) hast es auf einen guten Punkt gebracht, dass es für eingeschränkte Personen einen Lift haben muss. Bezüglich Rampen kann ich sagen, dass ich nie dort hinauffahren würde, weil mir das zu weit ist und es sind 8 Meter, also es ist verdammt hoch. Ich glaube nicht, dass das zielführend ist. Dann lieber vielleicht dem Fröschi etwas investieren und den Gallenweg auf 20 km/h vielleicht noch mit Begegnungszogen setzen, das ist vielleicht nicht für alle in Ordnung und das würde es auch ein bisschen attraktiver machen und ein bisschen mehr Licht.

Urs Schneider: Wir können es auch von einer anderen Sicht anschauen. Wir haben das letzte Mal von ca. Fr. 6-7 Mio. gesprochen gehabt für die Passerelle, die vom Volk angenommen worden ist. Der Kredit war +/- 15%. Wenn wir die 15% dazurechnen, sind wir schon bei ca. 8 Mio. Wenn wir jetzt die Bauteuerung seit 2022 mit 16% einrechnen, dann haben wir die Fr. 10 Mio. fast beieinander. Ich möchte weder Petra noch der Verwaltung einen Vorwurf machen, dass es so herausgekommen ist, das sehen wir im Landrat tagtäglich. Ich kann euch sagen, wir würden kein neues Schulhaus im Fröschi haben, wenn wir uns im Landrat auch so verhalten würden, wie das ein Teil im Moment macht.

Als wir vom Planungskredit gesprochen haben, hat es geheissen, man würde von einem Kredit zwischen Fr. 70 und 80 Mio. für das neue Schulhaus sprechen. Jetzt kommt es auf Fr. 130 Mio. und wir haben ja auch gesagt, also ich erwarte vielleicht von denen, die nur unschlüssig Ja sagen und vielleicht das Behördenreferendum nicht unterschreiben, so Beispiele gibt es mehrere. Wenn eine Kommission heute ein Projekt mit Fr. 80 Mio. budgetiert, kostet zum Schluss oft mal Fr. 120 Mio. und das ist nicht deswegen, weil alles schlecht geplant gewesen ist. Selbstverständlich kann man sagen, man hätte es mit einer noch besseren Planung, dass eine oder das andere ausgrenzen können aber wahrscheinlich ist es ein bisschen die Zukunft, dass die Projekte, die wir planen bzw. der Gemeinderat oder Regierungsrat plant zum Schluss etwa 30% teurer werden als am Anfang geplant.

Christoph Zwahlen: Wir müssen jetzt über den Ordnungsantrag abstimmen, dass wir die Rednerliste abschliessen.

Ordnungsantrag SP, Mauro Pavan zum Abschliessen der Rednerliste:

://: Der Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

Patrick Weisskopf: Also ich komme zu meinen Anträgen. Es ist ja so, dass wenn man ein Projekt macht, hat man auf der einen Seite Zeit, hat Kosten und hat Funktionalität. Die Zeit und die Kosten respektive der Preis, den wir haben, sind gegeben, so müssen wir an der Funktionalität einen Abstrich machen. Ich bin der Meinung, dass mit dem, was bewilligt ist, kann man schon arbeiten. Das wird dann der Antrag 2 sein. Beim Antrag 1, ich bin der Meinung, der Gemeinderat hat die Kosten nicht sauber gemacht. Ich bin dafür, dass wir mit den Fr. 5.6 Mio. weitermachen im gesamten und darum lautet der erste Antrag: Der Nachtragskredit von Fr. 3.8 Mio. für die Realisierung der Neuen Coop-Passerelle und die Kosten von Fr. 1.8 Mio. für diverse Werkleitungsumlegungen (Kanalisationen, Elektrizität, Gas, Fernwärme) werden genehmigt.

Das könnte der Gemeinderat auch mit einer Abstimmung mit diesen 5.6 Mio. bringen. Der zweite Antrag ist eine Etappierung, die darauf abzielt, mit dem, was man jetzt hat, zu arbeiten, und zwar gehen wir mit denen vom Volk bewilligten Beträgen weiter mit dem Kostendach
Prio 1: Passerelle mit zwei Treppen und zwei Liften, somit hätte man eine barrierefreie Querung von Norden nach Süden erstellt,

Prio 2: Bau der mittleren Treppe, wenn das Geld noch ausreicht,

Prio 3: Rampen Nord und Süd und wenn das Volk zustimmt, sollte das mit dem Nachtragskredit realisierbar werden.

Prio 4 : Lift in der Mitte der Passerelle

Den Lift in der Mitte der Passerelle würde ich persönlich nicht machen wollen, denn der wäre besser im Fröschi realisierbar. Das neue Projekt, das ich gesehen habe auf der Homepage, das uns nicht vorgestellt worden ist, sieht keinen Rampe in der Mitte vor. Um ganz ehrlich zu sein, wenn alles realisiert ist, braucht es diese Rampe in der Mitte gar nicht, wenn man eine saubere Dreiecksverbindung über die Viaduktstrasse, über die Fröschi-Unterführung (behindertengerecht) und von Nord nach Süden mit der Coop-Passerelle hat. Bei Antrag 3 handelt sich darum, dass man nochmal versucht, mit der SBB in Nachverhandlungen zu gehen und der Antrag 4 ist die GPK, die sich dem annehmen und Bericht erstatten soll.

Didier Pfirter: Ich stimme Simon Käch und Bernhard Zwahlen und anderen, die gesagt haben, dass die jetzige Situation einfach traurig ist, zu. Unsere finanzielle Situation in der Gemeinde ist auch gleich. Deshalb ist es nicht deshalb, dass wir keinen Bock haben, sondern kein Geld aber das löst jetzt die unbefriedigende Situation immer noch nicht.

Wir müssen einfach ein bisschen pragmatischer denken und auch ein bisschen aktiver sein. Wenn eine Privatperson das machen würde, würde das nicht so lange gehen und auch nicht so viel mehr kosten. Man würde vielleicht nicht überall das Maximum machen, sondern sich nach der Deckung der finanziellen Mittelstrecke richten. Ich bin der Meinung, dass man am Gallenweg mit relativ beschränkten Mitteln viel Verbesserung erreichen kann und das andere wäre, das man beim Fröschi einen Lift macht und den Rampen auf der Südseite. Wenn es eine

Passerelle braucht, unterstütze ich den Antrag von Patrick absolut ohne Rampe. Diese Rampe finde ich unzweckmässig.

Ich weiss nicht, was es kosten würde aber ich könnte mir vorstellen, dass man die Passerelle mit den 2 Liften machen könnte, in der dann idealerweise auch Velo darin Platz hat. Dann würden nämlich die Fr. 4.6 Mio. plus das, was wir vom Bund und von der SBB bekommen ausreichend sein. Was zu bedauern ist, dass wir solche Diskussionen gar nicht führen können, weil immer ein unglaublicher Zeitdruck ausgeübt wird auf den Rat, und das ist einfach höchst problematisch. Vielleicht bringt ja das der Gemeinderat so durch, dann muss er auch gar kein Referendum abwarten, denn die Fr. 4.6 Mio. hat das Volk bereits genehmigt.

Christoph Zwahlen: Ich möchte noch etwas sagen, dass noch niemand erwähnt hat und ich finde, das ist auch noch ein Aspekt. Wenn wir uns überlegen, wie es gegenüber der SBB herauskommt, wenn wir jetzt den Kredit ablehnen und dann noch mit der Mobilitätsdrehscheibe kommen, wird Pratteln nicht so zuverlässig als Verhandlungspartner erlebt. Ich sehe das nicht so rosig. Dieser Aspekt ist überhaupt noch nicht in Betracht gezogen worden.

GR Petra Ramseier: Wenn ich es richtig verstanden habe, sind die Rampen der grosse Stein des Widerstandes. Wir sind nicht soweit, dass ich jetzt im Moment sagen kann, wieviel die Rampen kosten oder ob wir ohne diese Rampe tatsächlich im bestehenden Kredit noch drin sind oder allenfalls ein bisschen darüber. Wichtig wäre, damit die Passerelle an sich zustande kommt, ob mit oder ohne Rampe, dass wir jetzt weiter arbeiten können. Wenn jetzt der Nachtragskredit abgelehnt wird, ist es überhaupt möglich weiterzuarbeiten und zu schauen, was wir mit diesen Rampen machen? Ist das für den Einwohnerrat dann okay oder müssen wir sagen, solange wir nicht neue Projekte haben, können wir keinen weiteren Schritt machen? Also wenn es möglich ist mit dieser Rampe weiter zu planen, während wir am Projekt arbeiten, sehe ich hier einen Ausweg, aber sonst sehe ich hier keinen.

GR Silvia Lerch: Ich hätte noch eine kleine Ergänzung, es war mir vorher nicht so bewusst, darum möchte ich das gerne euch auch noch mitteilen. Wir haben bei der SBB auf ganz viele Monate oder Jahre sogar Zeitfenster reserviert für die Arbeiten. Ich weiss nicht, was zeitlich abgemacht wurde, wenn wir jetzt nicht in das Zeitfenster hineinpassen und die Zeit geht zu Ende und dann fängt es wieder von vorne an. D.h. erst in ein paar Jahren fängt man wieder mit dem Zeitfenstern an. Das ist mir auch nicht so bewusst gewesen, hat mich immer gestört, dass wir es so pressieren müssen aber offenbar ist das auch ein Grund. Auch die Materialbestellungen, wenn man die nicht herauslassen kann, dann verhebt der Preis natürlich wieder nicht mehr, dann muss man wieder neu verhandeln und das verzögert das Ganze, respektive vielleicht verteuern. Das sind so ein paar Details, die mir die Augen geöffnet haben, weil ich mich eben genau auch über das genervt habe.

Christoph Zwahlen: Peter Ramseier hat eine Frage gestellt zum ersten Antrag aber man kann das auch am Schluss noch beantworten. Ich könnte gerne noch einmal, die Rednerliste öffnen zu der Frage von Petra.

Patrick Weisskopf stellt einen Antrag, den man als Erstes an Antrag des Gemeinderates gegenüberstellt. Der obsiegende Antrag wird von mir aus gesehen nachher als erst darüber abgestimmt und dann kommen die anderen Anträge, die dann je nachdem Unteranträge sind, abhängig von dem, wie es ausgefallen ist, in der Reihenfolge machen würden.

Bernhard Zwahlen: Also wer den Antrag annimmt, der sagt, wir wollen im Moment keine Passerelle und wir bauen sie erst ab 2032, weil es nicht reicht und lieber diskutieren wir über die anderen Anträge, anstatt das Projekt zu versenken, denn dann können wir sagen, wir lehnen einfach den Kredit ab.

Patrick Weisskopf: Also du lehnt überhaupt nicht die Passerelle ab, sondern wir wissen ja, dass ein bestimmter Betrag für einen bestimmten Zeitraum freigegeben worden ist und mit dem kann man arbeiten und man muss halt die Funktionen zurücknehmen. Wenn man die Passerellen so anfängt zu bauen, dass man halt zuerst das Mittelstück baut mit den Stiegen

und Lift, dann ist die Funktionalität hergestellt. Du kannst von Nord nach Süden queren und das ist für mich das Minimum, den du brauchst, weil das entspricht dann auch dem barrierefreien und dann ist man ja ausserhalb des Bahnperimeters und wenn die Rampe bewilligt wird, ich nehme an, das ist der grössere Teil der Kosten, so eine Rampe zu bauen, dann kann man das Kredit, den man hat, sauber ansetzen.

So kann man eigentlich weiterarbeiten aus meiner Sicht und die Bestellungen für den Mittelteil auslösen. Statisch sollte das nicht ein Riesenproblem sein, auch wenn es so links und rechts noch Rampen dran sind und es ist modularisiert zum Weitermachen. Ich denke, das ist machbar und kann in kürzester Zeit abgeklärt werden. Wenn ihr euch etwas bemüht, dann machen wir das am 8. März zusammen mit der Gemeinderatswahl.

GR Petra Ramseier: Ich möchte mich einfach ganz schnell rückversichern. Der Einwohnerrat ist der Meinung, wir können weiterbauen, bis wir den zugesprochenen Kredit aufgebraucht haben und wenn dann noch mehr kommt, bauen wir noch weiter und wenn dann nicht mehr kommt und es hat nicht gereicht, dann bauen wir einfach nicht mehr weiter. Also wir würden gerne jetzt im Moment einmal weiterbauen mit dem, was wir haben und dann schauen wir die Rampe an. Wenn das okay ist, ist das okay für mich. Ich habe es bis jetzt immer so verstanden, wir müssen zuerst das ganze Geld haben, bevor wir weitermachen können aber ich kann nicht garantieren, dass wir genau auf den bisherigen Kredit runter können, wenn man irgendetwas anpasst. Man könnte einfach dann schauen, einen tieferen Kredit auf den Nachtragskredit zu stellen, wenn es dann irgendeine Variante gibt, die besser lösbar ist als die jetzige.

Bernhard Zwahlen: Ich habe nicht das Foto heute Abend zum Lachen, aber ich finde es echt langsam lustig. Wir können doch wirklich jetzt nicht einfach irgendwie ins Nichts aussagen, »wir würden mal anfangen zu bauen«. Zuerst sagen wir, rechtlich dürfte man jetzt nicht bauen, dann sagt man doch rechtlich dürfte man weiterbauen und wir warten noch eine Abstimmung ab. Am Schluss haben wir eine Passerelle ohne Abgang, weil dann ist das Geld aufgebraucht und dann lacht die Bevölkerung erst recht. Also das ist ja wirklich das Absurdeste. Jetzt können wir doch dem Kredit zustimmen und wenn wir sagen, wir werden auf die Rampe verzichten, dann stelle ich von mir einen Antrag, indem wir Petra sagen können, lieber Gemeinderat, verzichte auf die Rampe und es kostet dann nicht die 3.8 Mio. Dann stimmen wir dem zu und ich stelle noch schnell einen Antrag oder wir vertrauen jetzt dem Gemeinderat und bitten darum, die Rampe wegzulassen, wenn es zu teuer wird und sie sind nicht wichtig aber hören wir auf mit komplizierten Anträgen, die am Schluss eigentlich mehr kosten und uns mehr zum Affen machen vor der Bevölkerung.

GR Philipp Schoch: Ihre Kompetenzen in Ehren aber das, was jetzt abläuft, das ist also dem Parlament nicht würdig. Das ist unseriös, was hier abgeht. Wir haben Instrumente genug, um sichere, planungssichere, saubere Prozesse zu machen, beispielsweise eine Bau- und Planungskommission, aber bitte macht das nicht hier drin. Denn sonst bauen wir in Zukunft halbe Schulhäuser, halbe Turnhallen, halbe Strassen, nur weil jetzt gerade das Geld ausgegangen ist und die Planung vielleicht nicht ganz so gut gewesen ist oder die Bauteuerung vielleicht doch ein bisschen höher gewesen ist. Bitte arbeiten Sie seriös und gehen nicht irgendwelche halben Projekte, die Ihnen jetzt abends um 22.00 Uhr noch irgendwie auf 3/4 oder noch ein bisschen weniger irgendwie freigeben, das ist unseriös.

Didier Pfirter: Dieser Tisch (GR) hat es nicht an die Bau- und Planungskommission übergeben wollen, sondern ist gestoppt und jetzt schon wieder. Das ist genau das Problem, sonst hätten wir von Anfang über die Rampen diskutieren können und diese Frage ist auch nicht aus dem Saal gekommen, die ist von einer Gemeinderätin gekommen, wir beantworten sie nur. Ich kann natürlich auch nicht für den ganzen Rat jetzt reden, Petra, aber ich glaube, der Rat hier ist nicht mit dem ursprünglichen Projekt für Fr. 4.6 Mio. nicht einverstanden, sondern mit dem Nachtragskredit. Du hast gesagt, ihr müsst weiterarbeiten können, denn sonst nützt es dann auch nichts mehr, wenn das Volk dann zustimmt, denn dann ist es zu spät. Also aus meiner Sicht würde ich jetzt sagen, solange ihr nur an dieser Kernpasserelle weiterarbeitet, ohne Rampe, es sei denn jemand anderes hat etwas dagegen, aus meiner Sicht wäre das zulässig und wenn ihr hofft, dass die Abstimmung gleich stattfindet, dann gibt es noch eine Abstimmung über die

Rampe und das wisst ihr dann am 8. März oder am 9. März. Ich glaube, so wäre das ein gangbarer Weg, das ist aber jetzt nur meine persönliche Sicht.

Patrick Weisskopf: Ich möchte mich wehren. Wir sind immer wieder unter Druck gesetzt worden, weil Dieter gesagt hat, wir hätten es nicht an eine Kommission überweisen können, weil wir unter Druck waren das vor das Volk bringen mussten. Das ist so und das Problem ist einfach, wir müssen vielleicht die Arbeitsweise ändern, dass wir in Zukunft über Planungskredite sprechen, um die Projekte auszuarbeiten und wenn sie ausgeschaffen sind, dann kommen wir vor dem Rat und bestimmen, was gemacht wird und dann wird losgelegt und dann wird nicht noch einmal an diesen Projekten herumgefasst und es nervt mich, wenn ich in der Abstimmungsbroschüre schöne Bildchen sehe und dann kommt es nicht so zustande. Wenn man in der Abstimmungsbroschüre zweifach unterkellert hat, aber nur einstöckig und dann wird es höher gemacht und dann nervt es mich noch ganz schlimm, wenn nämlich die Gemeinde, die Baulinien verletzt, was ein Privater nicht machen kann und nachher muss der Rat hinterher die Baulinien gerade ziehen und das sind Tatsachen und das ist im letzten Jahr gewesen und das hat mich sehr geärgert, das habe ich jedes Mal hier gesagt. Wir vertreten das Volk, wir müssen mit unserem Namen hinhalten.

GP Stephan Burgunder: Das ist schon unglaublich, was wir heute machen. Wir haben ein Jahr gebraucht, bis das Projekt baubewilligungsreif ist mit allen Abklärungen, mit allen Details. Ich glaube jetzt nicht, dass man einfach eine Passerelle weglassen kann oder irgendeinen Teil, wie eine Rampe. Wir müssen ein neues Projekt auflegen. So einfach ist die Planung nicht. Der Start und alles hängt von diesen Sachen ab. Beim Kanton haben das einige Fachstellen angeschaut und im Detail geprüft. Aber eigentlich hätten sie nur euch fragen sollen und ihr hättet gesagt, wie es geht. So wäre das viel einfacher gewesen und das Projekt wäre durchgekommen. Es ist eben so, wir müssen am Schluss eine Materialbestellung machen und können nicht einfach sagen, wir bestellen jetzt einmal einen kleinen Teil des Stahls, den anderen Teil wissen wir noch nicht, also so einfach ist das nicht.

Didier hat geschoben vorher, ich schiebe vielleicht teilweise ein bisschen zurück, auch wir sind unter Zeitdruck. Was wollen wir machen als Gemeinderat? Die Prozesse, die gehen, so lange wie sie gehen, bis alle Amtstellen das geprüft haben. Wir haben nicht mehr Zeit gehabt zum entscheiden, wie ihr. Wir haben uns dafür entschlossen, wir gehen diesen Weg, wir wollen die Passerelle. Es ist jetzt Zeit dort etwas zu verbessern und zu machen, alles andere kann ich euch sagen aber etwas in Zukunft machen, da kann ich euch dazu sagen, ihr könnt noch einmal 1 oder 2 Mio. Franken drauflegen, denn die Preise gehen nicht hinunter. Wir bekommen nie mehr so günstig einen solchen Übergang, wie wir es jetzt bekommen und darum bitte entscheidet heute und verzichtet auf das Referendum, wir müssen jetzt wirklich einen guten Übergang haben.

Christoph Zwahlen: Wir kommen zur Abstimmung:
Antrag 1, U/P, Patrick Weisskopf

://: Der Nachtragskredit von CHF 3.8 Mio. für die Realisierung der Neuen Coop-Passerelle und die Kosten von CHF 1.8 Mio. für diverse Werkleitungsumlegungen (Kanalisationen, Elektrizität, Gas, Fernwärme) werden genehmigt.

Antrag GR

://: Der Nachtragskredit von CHF 3.8 Mio. für die Realisierung der neuen Coop-Passerelle wird genehmigt.

://: Der Antrag wird mit 26 Nein- zu 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 2:

Es steht «.....mit dem vom Volk bewilligten Kredit», der ist ja schon bewilligt? Wenn wir jetzt darüber abstimmen, ob wir den Kredit, wo jetzt der Antrag ist, annehmen oder nicht, dann müssen wir nachher den Antrag umformulieren? Zuerst müssen wir wissen ob die Fr. 3.8 Mio. angenommen werden oder nicht, vorher macht es keinen Sinn darüber abzustimmen. Wenn

der Kredit über die 3.8 Mio. angenommen wird, muss Patrick überlegen, ob er Antrag 2 stellt oder nicht.

Patrick Weisskopf: Also der Antrag 2 macht einfach insofern Sinn, weil der Kredit, den wir jetzt beschliessen, dass der einem fakultativen Referendum untersteht und falls ein fakultatives Referendum ergriffen wird, dann könnte man mit dem Antrag 2 trotzdem weiterplanen. Weil falls das Volk die 3.8% ablehnen würde, dann hätte man doch etwas machen können.

Christoph Zwahlen: Jetzt stimmen wir über den Antrag ab

Der Rat beschliesst mit 26 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Der Nachtragskredit von CHF 3.8 Mio. für die Realisierung der Neuen Coop-Passierelle wird genehmigt.

Gilbert Bernoulli: Aufgrund dieser Abstimmung würden wir das Behördenreferendum ergreifen.

(Der Antrag auf ein Behördenreferendum ist nicht zustande gekommen.)

GR Petra Ramseier: Zu diesen Prioritäten beim Patrick, möchte ich es beliebt machen, dass man Prio 4 an Schluss stellt, denn das ist eigentlich klar, das werden wir nicht machen in dieser Etappe, wenn dann kommt das irgendwann in ferner Zukunft.

Mauro Pavan: Wir haben eigentlich nichts mehr äussern wollen aber ich glaube, der Antrag ist völlig obsolet, weil der Kredit, der vom Volk bewilligt worden ist, nach meinem Rechtsverständnis zumindest, kann man in diesem Rahmen dem sowieso planen, bauen usw. Wenn dann tatsächlich jetzt noch ein Volksreferendum zustande kommt gegen den Nachtragskredit, gehe ich schwer davon aus, dass das Volk dem sowieso auch zustimmen wird aber falls nicht, kann man trotzdem das Geld ausgeben, das das Volk bereits zugesprochen hat, darum braucht es diesen Antrag überhaupt nicht.

Christoph Zwahlen: Er zieht ihn nicht zurück in dem Fall, oder Patrick? Dann stimmen wir darüber ab.

GR Petra Ramseier: Ich bitte darum, das abzulehnen, weil wir eine gültige Baubewilligung mit dem vollen Projekt haben. Falls man jetzt abändert kann es möglich sein, dass es nicht mehr gültig ist. Ich wüsste nicht, was jetzt rein juristisch die Konsequenzen sind.

Christoph Zwahlen: Also ich stelle jetzt den Antrag zur Abstimmung. Man darf ihn annehmen oder ablehnen.

Antrag 2, U/P, Patrick Weisskopf:

Der Gemeinderat und die Verwaltung sind angehalten im Rahmen des vom Volk bewilligten Kredites (=Kostendach) zu etappieren:

Prio 1: Passierelle mit zwei Treppen und zwei Liften

Prio 2: Bau der mittleren Treppe

Prio 3: Rampen Nord und Süd

Prio 4 : Lift in der Mitte der Passierelle

://: Der Antrag wird mit 28 Nein- zu 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 3, U/P, Patrick Weisskopf:

Der Gemeinderat und die Verwaltung gehen mit der SBB in Nachverhandlung der Kostenbeteiligung.

://: Der Antrag wird mit 25 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Antrag 4, U/P, Patrick Weisskopf:

Die GPK wird beauftragt, dieses Geschäft zu überprüfen und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.

://: Der Antrag wird mit 18 Nein- zu 8 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Damit wären wir jetzt am Ende angekommen. Die restlichen Traktanden kommen dann das nächste Jahr dran.

Die Sitzung wird um 22.18 Uhr beendet.

Pratteln, 26. Januar 2026

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Christoph Zwahlen

Nurhan Tasdelen